

EIN GESELLSCHAFTSDIENST FÜR ALLE - ZUR MACHBARKEIT IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

im Auftrag der **Gemeinnützigen Hertie-Stiftung**
Autoren: Rabea Haß / Grzegorz Nocko
Initiatoren: Nico Hofmann, Bernhard Schlink, Frank-J. Weise

EIN GESELLSCHAFTSDIENST FÜR ALLE IST MACHBAR – BEGINNEN WIR JETZT!

- 1** Ein Plädoyer
- 3** Zusammenfassung
- 6** Motivation und Methodik
- 7** Gesellschaftsdienste mit Wirkung: Was soll erreicht werden?
- 8** Gesellschaftsdienste und Engagement in Deutschland und Europa: Status Quo
- 14** Aktuelle Debatten zu Pflichtdienst und Gesellschaftsjahr
- 17** Blick nach Europa: Dienstjahre in den Nachbarländern
 - 17 Frankreich: Ein Nationaldienst für den Zusammenhalt
 - 20 Schweiz: Die Milizarmee als Unikat in Europa
 - 22 Schweden: Die Neuauflage der Wehrpflicht
- 24** Drei zentrale Handlungsfelder für die Umsetzung
 - 24 Informationsgarantie – Wissen für alle
 - 27 Flexibilisierung – Ein Dienst für alle Lebenslagen
 - 30 Anerkennung – Gerechte Vergütung und Zertifizierung
- 33** Ausblick: Eine neue Dienstkultur für Europa
- 34** Literaturverzeichnis
- 38** Hintergrundgespräche

EIN PLÄDOYER

Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland sorgt sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies ergab Anfang des Jahres eine Umfrage der Bertelsmann Stiftung (Bertelsmann Stiftung 2022). Jugendliche und junge Erwachsene in ganz Europa erleben vor allem die Coronapandemie als spaltend; in Deutschland teilen dieses Gefühl sogar 63 Prozent der 16- bis 26-Jährigen (TUI Stiftung 2022: 70). Dazu kommen weitere aktuelle Krisen wie die durch den Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise, der weltweite Klimawandel und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich; als Herausforderung werden auch die Individualisierung und Auflösung sozialer Bindungen erlebt. Der Mitgliederschwund in Parteien, Kirchen und Gewerkschaften sowie die Zerrissenheit demokratischer Bündnisse wie der Europäischen Union stellen den Zusammenhalt seit Jahrzehnten auf die Probe.

Viele reagieren auf diese Problemlagen jedoch konstruktiv: Unter Europas Bürgerinnen und Bürgern erleben wir die Bereitschaft, wieder mehr zum Gemeinwohl beizutragen. In Deutschland sind die Engagementquoten besonders unter jungen Menschen kontinuierlich hoch (Simonson et al. 2019: 62); auch die europäische Jugend ist in einem hohen Maße bereit, sich für gesellschaftliche Belange einzusetzen (TUI Stiftung 2022). Bezogen auf Deutschland lässt sich festhalten, dass sich deutlich mehr junge Menschen in Freiwilligendiensten engagieren wollen, als das unter den aktuellen Rahmenbedingungen möglich ist. Häufig mangelt es an Stellenangeboten, Informationen oder auch den finanziellen Mitteln für ein Engagement in Vollzeit (DKJS 2020: 36). Für die europäische Jugend zeichnet sich ein ähnliches Bild ab (FPD 2019).

Die Idee eines Gesellschaftsdienstes, die aktuell von Politikerinnen und Politikern sowie von Bundespräsident Steinmeier erneut angestoßen wurde, greift diese Stimmungslage auf und nimmt sie zum Ausgangspunkt einer neuen Debatte. Bedauerlicherweise fokussiert sie auf die Streitfrage, ob dieser Dienst verpflichtend oder freiwillig geleistet werden sollte. Dabei besteht bei den Prämissen Konsens: Rechte gehen einher mit Pflichten, Pflichten ermöglichen einen verträglichen gesellschaftlichen Umgang, ein Gesellschaftsdienst kann einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts leisten, und die junge Generation ist in überwältigenden Teilen bereit dafür.

In der Vorbereitung und der Ausarbeitung der vorliegenden Studie ist unmissverständlich klargeworden, dass die Frage nach Freiwilligkeit oder Pflicht die Diskussion verengt und die entscheidende Frage nach der Umsetzbarkeit eines solchen Gesellschaftsprojekts ausblendet. Wie kann ein den Zusammenhalt stärkender Gesellschaftsdienst realisiert, für die Dienstleistenden attraktiv, für die Gesellschaft ergiebig, auf die Strukturen gesellschaftlicher Organisationen abgestimmt und mit individuellen Ausbildungs- und Arbeitsbiografien vereinbar gestaltet werden? Ohne eine Antwort auf diese Fragen hat weder die Einführung eines verpflichtenden Diensts noch der nachfragegerechte Ausbau der Freiwilligendienste eine Perspektive. Wie also ließe sich ein Gesellschaftsdienst ausgestalten?

Ein sinnvoller Ansatzpunkt ist der Bildungsauftrag der Schulen. Er beinhaltet das Ziel, junge Menschen auf das Zusammenleben und die Übernahme von Verantwortung in der Demokratie vorzubereiten. Schule ermöglicht bereits eine erste Erfahrung eines Einsatzes für die Gemeinschaft, den jede und jeder leisten darf und schärft das Bewusstsein für Solidarität und Verantwortung. Ein anschließender Gesellschaftsdienst ließe sich als Erweiterung dieses Bildungsauftrags konzipieren.

Ein weiterer Ansatzpunkt sind die Freiwilligendienste. Sie schaffen Lern-, Experimentier- und Innovationsräume für die Mitgestaltung unserer Demokratie, generationenbezogen, aber auch generationenübergreifend. Ihre Tradition ist in Deutschland so fest verankert wie in kaum einem anderen europäischen Land. Deutschland kann mit seinen Ressourcen und Strukturen ein Labor eines europäischen Gesellschaftsdienstes werden.

Nehmen wir das Vorhaben ernst, in Deutschland und Europa den Zusammenhalt über Schichten und nationale Grenzen hinweg zu stärken, die eigene Wirksamkeit für die Gemeinschaft und die Freude an der Übernahme von Verantwortung erfahrbar zu machen, müssen wir hier und jetzt anfangen. Um ein Angebot für alle zu implementieren, braucht es in Deutschland zusätzlich zu der aktuellen Debatte vor allem eine verbindliche politische Entscheidung und ein organisatorisches und finanzielles Engagement des Staates. Egal ob verpflichtend oder freiwillig, ein Gesellschaftsdienst ist ein Gemeinschaftsprojekt, das politischen Rückhalt und staatliche Strukturen braucht. Die politische Entscheidung und das staatliche Engagement dürfen nicht weiter aufgeschoben werden.

Bekannte Hürden wie das niedrige Taschengeld, fehlende Teilzeitoptionen oder mangelnde Information lassen sich beseitigen. Auch die Wertschätzung aus dem sozialen Umfeld und die umfassende Anerkennung erworbener Kompetenzen lassen sich steigern. Gleichzeitig müssen zusätzliche, sinnhafte Tätigkeiten das derzeitige Angebot ergänzen. Der Staat steht auch als Gerechtigkeitsgarant in der Pflicht, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Jugendlichen gleiche Zugangschancen, Würdigungen ihrer Leistungen und auch Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Andere europäische Länder bieten Erfahrungen und Beispiele, deren Übertragung auf Deutschland zu erwägen ist. Relevante wissenschaftliche Erkenntnisse liegen vor, die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind bekannt – unter diesen Aspekten steht aus unserer Sicht einem Gesellschaftsdienst für alle nichts im Wege.

ZUSAMMENFASSUNG

Wie kann ein Gesellschaftsdienst den Zusammenhalt in Deutschland und Europa stärken? So lautet die übergreifende Fragestellung dieser Studie. Anders als die aktuell geführte Debatte fokussiert sie nicht auf die Frage der Freiwilligkeit oder Pflicht eines Gesellschaftsdiensts, sondern auf seine Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten, seine Attraktivität und Ergiebigkeit.

In Deutschland leisten derzeit etwa nur 12 Prozent eines jeden Jahrgangs einen Freiwilligendienst im zivilen oder militärischen Bereich. Es sind zwar so viele wie in kaum einem anderen europäischen Land, das Potenzial der Freiwilligkeit ist dabei aber nicht ausgeschöpft. Ähnlich stellt es sich in anderen europäischen Ländern dar. Studien deuten darauf hin, dass aktuell die Voraussetzungen sehr gut sind, noch mehr Menschen für einen Gesellschaftsdienst zu begeistern: Die junge Generation ist in großem Maße bereit, sich zu engagieren, mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen (z. B. DKJS 2020; TUI Stiftung 2022). Sowohl in Deutschland als auch in Europa sind deutlich mehr Jugendliche bereit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen bzw. einen Gesellschaftsdienst zu leisten, als dies unter den derzeitigen Rahmenbedingungen möglich ist.

Konkret fehlt es momentan (1) an Wissen über die bestehenden Optionen; (2) das Platzangebot ist geringer als die stabil hohe Nachfrage. Zudem schließen (3) eine geringe Vergütung sowie (4) zeitlich unflexible Angebote manche Personengruppen fast systematisch aus. Auch Anerkennung und Wertschätzung für ein solches Jahr müssen gestärkt werden, wenn ein Gesellschaftsdienst ein selbstverständlicher Bestandteil eines Lebenslaufes werden soll.

Die aktuelle Debatte orientiert sich vor allem an traditionellen Modellen in Deutschland. Ein Blick in unsere europäischen Nachbarländer gibt Impulse, welche Ansätze oder Elemente von Dienstmodellen gewinnbringend übertragen werden können:

- Frankreich hat 2019 mit dem Service National Universel einen neuen Kurzzeitdienst initiiert, der auf das Kennenlernen anderer Lebenswelten zielt und schon im Schulalter ansetzt. Das Beispiel zeigt auch, dass ein sukzessiver Auf- und Ausbau des Platzangebots und eine personalintensive pädagogische Betreuung sinnvoll sind, um den Dienst als ein qualitativ hochwertiges Lernformat zu gestalten.
- Die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Schweden für Männer und Frauen zeigt, wie Pflichtmodelle so gestaltet werden können, dass sie von der Gesellschaft breit mitgetragen werden und nur diejenigen zum aktiven Dienst heranziehen, die tatsächlich im System gebraucht werden. Bereits eine zielgruppengerechte Information aller Jugendlichen führt in Schweden zu einem erhöhten Interesse an militärischen Laufbahnen und hilft der schwedischen Armee, ausreichend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber als Nachwuchs zu gewinnen.

- Die Schweiz unterhält nach wie vor eine Milizarmee. Die Besonderheit hier ist, dass die Männer ihren Pflichtdienst flexibel über einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren ableisten können.

Diese Studie schlägt Handlungsempfehlungen in drei Feldern vor. Sie zielen darauf ab, (1) möglichst viele Jugendliche in unterschiedlichen Lebenslagen und aus möglichst allen gesellschaftlichen Milieus zu erreichen; sowie (2) während der Dienstzeit sinnvolle Tätigkeiten anzubieten, die unmittelbar einen Mehrwert sowohl für das Gemeinwesen als auch für den Dienstleistenden haben und (3) Formate zu übertragen, die aus anderen gesellschaftlichen Bereichen bekannt und erprobt sind und daher mit hoher Wahrscheinlichkeit die gewünschte Wirkung erzielen.



INFORMATIONSGARANTIE – LEICHT ZUGÄNGLICHES WISSEN

- **Zielgruppengerechte Information für alle:** Die unterschiedlichen Optionen für ein Gesellschaftsjahr sollen allen Jugendlichen kuratiert zugänglich gemacht werden – idealerweise im Lebensalter zwischen 16 und 18 Jahren.
- **Informations- und Aktionstag(e):** Aktionstage analog zum Girls' Day sollen Gesellschaftsdienste erlebbar und sichtbar machen.
- **Verpflichtender Ehrenamtstag:** Als niederschwelliger Einstieg wäre ein verpflichtender Tag des Engagements denkbar, eingebettet in den Schulalltag und mitgestaltet von der lokalen Zivilgesellschaft. Vorbild könnte der in Frankreich etablierte Journée Défense et Citoyenneté sein.



FLEXIBILISIERUNG – EIN DIENST FÜR ALLE LEBENSLAGEN

- **Mehrjahresoptionen:** Ein Gesellschaftsjahr kann auch in Teilzeit über mehrere Jahre geleistet werden; vor allem im Zivil- und Katastrophenschutz ergäben sich daraus neue attraktive Einsatzfelder.
- **Lebenszeitkonto:** Unterschiedliche, auch projektbezogene Engagementstationen können über einen längeren Lebensabschnitt gesammelt werden; so sind vielfältige Lernerfahrungen – auch im europäischen Kontext – möglich.
- **Reservistenstatus:** Ein Gesellschaftsjahr qualifiziert die Teilnehmenden in vielerlei Hinsicht. Diese Kompetenzen auf freiwilliger Basis nachhaltig weiter für die Gesellschaft einzubringen, ist die zentrale Idee eines zivilen Reservistinnenstatus.



ANERKENNUNG – GERECHTE VERGÜTUNG UND ZERTIFIZIERUNG

- **Rahmenbedingungen verbessern:** Die Vergütung soll an das ehemalige Zivildienstmodell angelehnt werden; neben einer etwas höheren Grundvergütung sah das Modell Bausteine für besondere Lebenslagen vor, z. B. die Übernahme von Fahrtkosten oder Zuschüsse zur Wohnung, wenn die Dienstleistenden bereits in einem eigenen Haushalt lebten.
- **Zertifizierte Qualifizierung und Anrechnung** für weitere Ausbildungsabschnitte: Ein Gesellschaftsjahr vermittelt Kompetenzen. Diese vergleichbar nachzuweisen, hilft, das Format attraktiver zu machen. Eine konkrete Anrechnung auf darauffolgende Ausbildungsabschnitte sollte geprüft werden.

MOTIVATION UND METHODIK

Welchen Beitrag kann ein Dienstjahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft in Deutschland und Europa leisten? Das waren die zentrale Ausgangsfrage und der Impuls für diese Machbarkeitsstudie. Sie ist eingebettet in die programmatische Arbeit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, die sich der Stärkung der Europäischen Integration und Demokratie widmet.

Den Impuls für das Vorhaben gaben Schriftsteller Bernhard Schlink, Filmproduzent Nico Hofmann und der Vorstandsvorsitzende der Hertie-Stiftung Frank-J. Weise im Sommer 2021. Die Frage beschäftigte uns somit bereits vor Beginn des Krieges gegen die Ukraine und unabhängig von der im Juni 2022 von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier angestoßenen Debatte. Dies ist insofern erwähnenswert, als die Handlungsempfehlungen den Anspruch erheben, Wege aufzuzeigen, die über eine Zehnjahresperspektive wirken und nachhaltig verankert werden sollen unabhängig von den momentanen politischen Meinungen.

Methodisch fußt die Studie auf etwa 30 Interviews mit Expertinnen und Experten aus 20 Organisationen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Politik, Arbeitsmarkt, Bundeswehr, europäische Jugendprogramme sowie Jugendforschung. Für die Länderstudien zu Schweden, Frankreich und der Schweiz wurden jeweils Verantwortliche bzw. das wissenschaftliche Personal der jeweiligen nationalen Dienstformate konsultiert. Die Gespräche fanden im Zeitraum Februar bis September 2022 statt und wurden um schriftliche Anfragen in den genannten Institutionen ergänzt.

Darüber hinaus fanden Gespräche mit etwa 100 Jugendlichen zwischen 17 und 25 Jahren statt. Sie kamen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands; einige leisteten gerade oder kürzlich einen Gesellschaftsdienst, andere hatten sich bewusst oder unbewusst dagegen entschieden. Die Befragten wurden nicht repräsentativ ausgewählt und ihre Aussagen dienen der exemplarischen, qualitativen Bereicherung statistischer Daten. Als zentrale Zielgruppe eines Gesellschaftsjahres wurden erste Thesen mit ihnen diskutiert und ihre eigenen Vorschläge und Gedanken qualitativ miteinbezogen.

Zusätzlich flossen Studien zu Freiwilligendiensten und Engagement sowie aktuelle Jugendtrends und Arbeitsmarktstudien in die Bewertung ein. Gutachten zu Rechtsfragen und volkswirtschaftlichen Abschätzungen zum Ausbau von Dienstformaten sowie die aktuelle Mediendebatte rund um das Thema sind ebenfalls systematisch berücksichtigt worden.

GESELLSCHAFTSDIENST MIT WIRKUNG: WAS SOLL ERREICHT WERDEN?

Im Fokus der Untersuchung steht die Machbarkeit eines Gesellschaftsdienstes, also die realistische Umsetzbarkeit in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Konstellation.

Bei der Erarbeitung der Handlungsempfehlungen sind folgende Ziele in Hinblick auf ihre gesellschaftliche Wirkung leitend:

1. Möglichst viele junge Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und aus allen gesellschaftlichen Milieus sollen erreicht werden.
2. Der Dienst selbst soll auf zwei ineinandergreifenden Ebenen wirken: Dienstleistende tragen zum einen zu einer für das Gemeinwesen wichtigen Aufgabe bei; zum anderen sollen sie selbst einen Ertrag erleben. In einer verantwortlichen Tätigkeit mit anderen, denen sie sonst nicht begegnen würden, können sie Gemeinschaft positiv erleben, ohne die Demokratie nicht funktionieren kann.
3. Die Wirkung steht im Fokus. Daher orientieren sich die Vorschläge an erprobten Formaten und Modellen, die sich in der Praxis bewährt haben. Es werden Dienstmodelle anderer europäischer Länder als Inspirationsquelle genutzt, aber auch Elemente anderer Lernformate, die in Deutschland erfolgreich etabliert wurden.

GESELLSCHAFTSDIENSTE UND ENGAGEMENT IN DEUTSCHLAND UND EUROPA: STATUS QUO

DIE AUSGANGSLAGE IN DEUTSCHLAND

Derzeit leisten etwa 12 Prozent aller Schulabsolventen in Deutschland freiwillig einen Dienst im sozialen, kulturellen, ökologischen oder militärischen Bereich sowie im Zivil- und Katastrophenschutz. Das entspricht etwas mehr als 100.000 Jugendlichen pro Jahr. Die meisten entscheiden sich für ein 12-monatiges Modell, auch wenn eine kürzere Einsatzzeit von (mind.) 6 Monaten angeboten wird. Alle Dienste werden in der Regel in Vollzeit abgeleistet.

Etwa 12 Prozent der Jugendlichen in Deutschland leisten derzeit einen Freiwilligendienst im zivilen Bereich oder bei der Bundeswehr.

Knapp 1 Prozent eines Jahrgangs (ca. 6.000 bis 7.000 junge Menschen) absolviert den Dienst im Ausland; etwas mehr als 1 Prozent (ca. 8.000 bis 9.000 jährlich) bei der Bundeswehr, die Kapazitäten für bis zu 12.500 Freiwillige hätte (Hintergrundgespräch BMVg).

Vor allem in den zivilen Formaten ist die Nachfrage höher als das Angebot. Sie variiert erheblich nach Einsatzfeld und Region; in städtischen Gebieten gibt es z. B. tendenziell mehr Bewerberinnen und Bewerber pro Platz als im ländlichen Raum, so die übereinstimmende Einschätzung aus den Hintergrundgesprächen. Da das Auswahlverfahren dezentral über die Träger bzw. Einsatzstellen läuft, gibt es keine bundesweiten statistischen Erhebungen. Der Bundesprecher des Sprecherinnen- und Sprecherrats des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) schätzt, dass sich auf die derzeit 3.000 Stellen im FÖJ etwa 12.000 Jugendliche bewerben (Deutscher Bundestag 2022). Das FÖJ gehört zu einem der beliebtesten Formate, das in Relation zum Bundesfreiwilligendienst (BFD) und Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) jedoch wenig Plätze anbietet. Die zivilen Dienstformate sind als Lern- und Orientierungsjahr ausgestaltet; der persönliche Kompetenzerwerb nimmt einen hohen Stellenwert ein und die pädagogische Begleitung der Jugendlichen sowie verpflichtende Bildungsseminare sind fester Bestandteil aller Modelle.

Der Freiwillige Wehrdienst soll vor allem als Sprungbrett für eine längerfristige Laufbahn in der Bundeswehr genutzt werden und ist als eine sehr konkrete berufliche Orientierung angelegt.

ENGAGEMENT ABHÄNGIG VON DER SCHULBILDUNG

Allerdings engagieren sich nicht alle Jugendlichen gleichermaßen: In den zivilen Freiwilligendiensten haben die jungen Menschen überdurchschnittlich häufig eine höhere Schulbildung. Je nach Dienstformat haben von den jungen Menschen zwischen 52 (FSJ) und 90 (internationale Dienste) Prozent mindestens ein (Fach-)Abitur als höchsten Schulabschluss und nur 5 (FÖJ) bis 8 (FSJ & BFD) Prozent einen Hauptschulabschluss (Huth 2022: 44).

In den zivilen Freiwilligendiensten sind gut 60 Prozent der Teilnehmenden weiblich; nur knapp 40 Prozent männlich.

Zudem sind die Freiwilligen häufiger weiblich (gut 60 Prozent) als männlich (knapp 40 Prozent) (Huth 2022: 41). In der Bundeswehr wiederum dienen deutlich mehr Männer (über 80 Prozent) als Frauen (weniger als 20 Prozent mit steigender Tendenz); die Freiwilligen dort sind näher am gesellschaftlichen Durchschnitt, was ihren Bildungshintergrund angeht; so haben 17 Prozent einen Hauptschulabschluss und 45 Prozent mindestens (Fach-)Abitur (Hintergrundgespräch BMVg).

Die Freiwilligen in der Bundeswehr sind näher am gesellschaftlichen Durchschnitt, was ihren Bildungshintergrund betrifft, als in den zivilen Dienstformaten.

Die höhere Attraktivität der Formate bei (Fach-)Abiturienten lässt sich plausibel erklären: Viele Einsatzstellen beschäftigen nur volljährige Freiwillige, weil für Minderjährige die Betreuungsmöglichkeiten fehlen. Das heißt, Absolventinnen und Absolventen, die nach 9 bzw. 10 Schuljahren einen Abschluss erwerben, sind in der Regel noch zu jung. Im Alter von 18 Jahren hat diese Gruppe allerdings dann oft schon die Entscheidung für einen Beruf gefällt, vielleicht sogar eine Lehre begonnen oder abgeschlossen. Ein Orientierungsjahr in Vollzeit ist in dieser Lebensphase weniger attraktiv als unmittelbar nach der Schule.

Die derzeitige Vergütung der zivilen Freiwilligendienste schließt aktuell zudem diejenigen systematisch aus, die nicht auf familiäre Unterstützung zurückgreifen können. Während des Dienstes ist 2022 ein maximales Taschengeld von 426 Euro im Monat vorgesehen (Huth 2022: 11); optional kann ein Verpflegungs- und Unterkunftszuschuss ausgezahlt werden. Nur in Ausnahmefällen stellt die Einsatzstelle eine Unterkunft. In der Praxis fällt das Taschengeld in vielen Einsatzstellen niedriger aus; das Gesetz sieht lediglich einen Maximalbetrag vor, der nach unten beliebig verhandelt werden kann.

Die Kosten für einen Freiwilligenmonat im zivilen Bereich belaufen sich durchschnittlich auf knapp 1.000 Euro; im militärischen Bereich liegen sie nach Schätzungen der Bundeswehr deutlich höher.

Die Kosten pro Dienstmonat betragen durchschnittlich 920 Euro im BFD und FSJ bzw. 990 Euro im FÖJ (Huth 2022: 13). Darin sind neben den finanziellen Leistungen für die Freiwilligen auch Sozialversicherungskosten sowie die pädagogische Betreuung inkludiert. Die Kosten variieren jedoch nach Einsatzstelle, da sich z. B. das pädagogische Konzept unterscheidet oder Einsatzstellen zusätzlich eine kostenlose Unterkunft bzw. Verpflegung anbieten. Kosten für die übergeordnete Administration der Träger oder des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) sind in dem Gesamtbetrag noch nicht berücksichtigt.

FINANZIERUNG DER DIENSTE

Für die Jugendfreiwilligendienste stehen 2023 voraussichtlich rund 328 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung (BMFSFJ 2022); damit bleiben die Mittel konstant, werden aber nicht erhöht. Dazu kommen Länderzuschüsse sowie der Eigenanteil der Einsatzstellen. Ab 2024 sollen die Bundesmittel um 10 Prozent gekürzt werden, obwohl die Kosten seit Jahren kontinuierlich steigen (z. B. erhöhte Lohnkosten für das pädagogische Personal sowie höhere Ausgaben für Unterbringung und Verpflegung während der Seminartage); die aktuell hohe Inflation und rasant steigende Energiekosten sind hier noch gar nicht berücksichtigt. Damit steigt der Kostenanteil der Einsatzstellen, was möglicherweise dazu führt, dass das Angebot von einigen Anbietern eingeschränkt werden muss.

Freiwillig Wehrdienstleistende werden anders vergütet. Sie bekommen zum Einstieg 1.500 Euro Sold inklusive Sachleistungen; der Sold kann im Laufe des Jahres je nach Dienstgrad und Verwendung auf 1.900 Euro steigen, was etwa 80 Prozent des Grundgehaltes eines Soldaten auf Zeit im gleichen Dienstgrad entspricht (Bundeswehr o. J.). Zudem dürfen Soldatinnen und Soldaten beispielsweise kostenfrei im Nah- und Fernverkehr zwischen Wohn- und Berufsort pendeln. Die Bundeswehr selbst beziffert die Kosten pro Freiwillig Wehrdienstleistenden auf etwa 76.000 Euro jährlich (KAS 2022). Ein Großteil der Summe fließt in Ausstattung und Ausbildung.

42 Prozent der 14- bis 29-Jährigen in Deutschland bringen sich regelmäßig für das Gemeinwohl ein; bei den 14- bis 20-Jährigen sind es sogar 48 Prozent.

ENGAGEMENT JENSEITS DER FREIWILLIGENDIENSTE

Nicht nur in Freiwilligendiensten engagieren sich viele junge Menschen ehrenamtlich. 42 Prozent der 14- bis 29-Jährigen in Deutschland bringen sich regelmäßig in die Gesellschaft ein; bei den 14- bis 20-Jährigen sind es sogar 48 Prozent (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2022: 149).

Somit ist die Altersgruppe aktiver als die Durchschnittsbevölkerung, die sich zu knapp 40 Prozent ehrenamtlich engagiert (Simonson et al. 2019: 62). Auch unter den Engagierten sind überdurchschnittlich viele junge Menschen mit höherer Schulbildung und einem hohen sozioökonomischen Status. Junge Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung sind etwas seltener ehrenamtlich engagiert (Simonson et al. 2019: 62f.).

MOTIVATION FÜR EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT UND FREIWILLIGENDIENSTE

Als wichtigste Motive für ehrenamtliches Engagement nennen die Jugendlichen Spaß und den Wunsch, anderen zu helfen (Arriagada/Karnick 2019: 112.). Bei den zivilen Freiwilligendiensten steht indes das Motiv im Vordergrund, die Zeit sinnvoll zu überbrücken und sich persönlich weiterzuentwickeln (BMFSFJ 2015: 89f). Im Freiwilligen Wehrdienst ist zudem das Kennenlernen der Bundeswehr als Arbeitgeber eine zentrale Motivation (Haß 2015).

Die grundsätzliche Bereitschaft, sich zu engagieren, ist selbst unter den jungen Menschen hoch, die derzeit noch nicht aktiv sind: Knapp 60 Prozent der nicht-engagierten Jugendlichen in Deutschland können sich grundsätzlich vorstellen, sich ehrenamtlich einzubringen (DKJS 2020: 23). Immerhin gut 48 Prozent der Nicht-Engagierten erwägen ein Freiwilligenjahr, unter den bereits ehrenamtlich Aktiven sind es sogar gut 60 Prozent (DKJS 2020: 36).

Das heißt, die Mehrheit der jungen Generation in Deutschland ist grundsätzlich bereit, einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Trotz dieser durchaus vielversprechenden Ausgangslage zeichnet sich auch in der Jugendgeneration eine Polarisierung ab. Zwar teilt die große Mehrheit die demokratische Wertebasis und empfindet unsere Gesellschaft als sozial gerecht, gleichzeitig wächst der Anteil der Jugendlichen, die sich einem populistischen Milieu zuordnen lassen und empfänglich sind für demokratiefeindliche Positionen (Albert et. al. 2019: 76ff).

Trotz hoher Bereitschaft, sich für gesellschaftliche Themen einzubringen, haben 67 Prozent der Jugendlichen in Deutschland das Gefühl, politisch nichts verändern zu können.

Trotz der hohen Bereitschaft, sich für gesellschaftliche Themen einzubringen und Verantwortung für Veränderung zu übernehmen, haben 67 Prozent der Jugendlichen in Deutschland das Gefühl, politisch nichts verändern zu können und 73 Prozent sehen ihre Anliegen in der Politik schlecht vertreten (Vodafone Stiftung 2022: 10ff). Studien deuten darauf hin, dass sich dieses Gefühl während der Pandemie noch verstärkt hat; europaweit äußern etwa 70 Prozent der Jugendlichen, dass es keine Wertschätzung für ihren Verzicht während der Pandemie gab (TUI Stiftung 2022: 71).

Dies ist insofern ein bedrückender Befund, da zwei Drittel der Jugendlichen politisch etwas verändern wollen und bereit sind, dafür einzutreten; 92 Prozent äußerten die Absicht, wählen zu gehen (Vodafone Stiftung 2022: 7f). Das grundsätzliche Interesse für politische Prozesse und demokratische Mitgestaltung ist also hoch.

DIE AUSGANGSLAGE IN EUROPA

Auch die Neugier und das grundsätzliche Interesse, sich über die Grenzen Europas hinweg zu bewegen und interkulturellen Austausch mitzuerleben, sind hoch. Während die Anzahl an Freiwilligendienstleistenden auf europäischer Ebene im Vergleich zum Inland gering ist (im Europäischen Solidaritätskorps sind beispielsweise pro Jahr derzeit ca. 600 Jugendliche aus Deutschland unterwegs), verbringen etwa 30 Prozent aller deutschen Studierenden mindestens einen Teil ihrer Studienzeit im Ausland, oft im Rahmen eines Erasmus-Semesters (Deutsches Studentenwerk o. J.); ebenso erreichen Austauschprogramme während der Schulzeit einen signifikanten Anteil, nämlich 17 Prozent der jungen Menschen (FPD 2019: 7). Befragungen zeigen, dass noch deutlich mehr

Jugendliche ein grundsätzliches Interesse an einem europäischen Lernformat haben als derzeit tatsächlich teilnehmen (FPD 2019). Auch hier stehen dem eine geringe Schulbildung und ein niedriger sozioökonomischer Status im Wege. Ganz konkret fehlen in dieser Zielgruppe häufig mangels Sprachkenntnisse das Zutrauen für einen Auslandsaufenthalt sowie die Mittel, die Reise zu finanzieren.

Einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst für Männer und Frauen gibt es derzeit in keinem europäischen Land. In einigen wenigen Nachbarländern gilt noch oder wieder eine Wehrpflicht, die aber mit Ausnahme von Schweden und Norwegen jeweils nur männliche Staatsbürger betrifft. Aber auch in den Ländern mit Wehrpflichtmodell (z. B. Schweiz und Österreich) nimmt die Quote der tatsächlich aktiven Dienstleistenden tendenziell ab.

GEREGELTE FREIWILLIGENDIENSTE UND ENGAGEMENT IN EUROPA

Was zivile Angebote betrifft, ist die Tradition geregelter Freiwilligendienste in kaum einem europäischen Land so fest verankert wie in Deutschland. Hier ist der Anteil an Jugendlichen eines jeden Jahrgangs, die an solch einem Format teilnehmen, am höchsten. Ähnlich ausgeprägt ist die Kultur in Frankreich, Großbritannien und Österreich, die Platzzahlen in Relation zur Bevölkerung sind dort aber geringer. Es zeichnet sich zwar in einigen europäischen Ländern die Tendenz ab, Gesellschaftsdienste einzuführen (z. B. in den Niederlanden) oder zu stärken, bis auf Überlegungen in Frankreich, den Service National Universel in einen Pflichtdienst umzuwandeln (siehe Seite 18), basieren die Konzepte jedoch auf Freiwilligkeit (Schwärzel 2018). Die Demokratie- und Engagementerfahrung sowie der konkrete Kompetenzerwerb für den Berufseinstieg sind Ziele dieser Dienste, wobei deren Gewichtung unterschiedlich ausfällt. In manchen Ländern, etwa in Italien, werden die Dienste auch als Arbeitsmarktinstrument eingesetzt.

Die europäische Jugend ist zu einem hohen Maße bereit, sich freiwillig in die Gesellschaft einzubringen und zum Beispiel für eine Klimawende das persönliche Konsumverhalten einzuschränken.

Die europäische Jugend ist, ähnlich wie die jungen Menschen in Deutschland, zu einem hohen Maße bereit, sich freiwillig in die Gesellschaft einzubringen; zu Beginn des Ukrainekrieges haben dies viele auch unter Beweis gestellt und sich aktiv in der Hilfe für Geflüchtete eingebracht; auch für die Bekämpfung des Klimawandels empfindet diese Generation mehrheitlich eine große Verantwortung und ist bereit, dafür persönliche Abstriche, z. B. in ihrem Konsum- und Mobilitätsverhalten zu machen (TUI Stiftung 2022: 55). Die Idee eines Pflichtdienstes wird von den jungen Europäerinnen und Europäern zwischen 16 und 26 Jahren mehrheitlich abgelehnt; nur in Frankreich und Griechenland, wo aktuell die Wehrpflicht für Männer gilt, unterstützen etwa 50 Prozent der jungen Menschen ein Pflichtmodell (TUI Stiftung 2022: 21).

PROGRAMME DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Für die Europäische Kommission ist die Mobilität junger Menschen von jeher ein wichtiges Thema, um Europa für die nachkommende Generation erlebbar zu machen und die gemeinsamen Werte als selbstverständliche Basis zu vermitteln. Das internationale Volunteering ist neben den Austauschprogrammen im Schul- und Studienkontext eine zentrale Säule. Das derzeit größte Programm ist das Europäische Solidaritätskorps (ESK), das Nachfolgeprogramm zum Europäischen Freiwilligendienst. Zwar nehmen im Vergleich zu nationalen Programmen eher weniger Jugendliche teil (europaweit jährlich etwa 15.000), jedoch ist der Anteil der Jugendlichen mit geringen Chancen im ESK relativ hoch, da das Programm sehr gute Rahmenbedingungen bietet, z. B. hochwertige Betreuung, Vor- und Nachbereitung, Übernahme von Reisekosten oder flexible Kurzzeiteinsätze. Zudem sind Bewerbungen als Team mit Freunden möglich. Dadurch sollen die Teilnahmehürden für Jugendliche mit unterschiedlichen Benachteiligungen systematisch abgebaut werden (European Commission 2020).

Kürzlich hat die Kommission das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen, um nach den Reisebeschränkungen während der Coronapandemie den Austausch junger Leute wiederzubeleben und der jungen Generation europaweit Stimme und Sichtbarkeit zu verleihen (EJJ 2022).

Zusätzlich bekräftigte die EU im April 2022 die Ratsempfehlung zur „*Mobility of young volunteers across the EU*“, um die Mitgliedsländer an die Wichtigkeit dieser Aktivitäten zu erinnern und aufzufordern, auf nationaler Ebene gute Rahmenbedingungen für europäischen Freiwilligenaustausch zu schaffen (European Commission 2022).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Potenzial der Freiwilligkeit derzeit weder in Deutschland noch in Europa ausgeschöpft ist; alle Studien zum Thema kommen zu dem Ergebnis, dass europaweit mehr junge Menschen bereit wären, sich im Rahmen eines klassischen Engagements oder eines Gesellschaftsdiensts für das Gemeinwohl einzusetzen als tatsächlich aktiv sind; ähnlich sieht es mit der Teilhabe an europäischen Mobilitätsprogrammen aus; auch hier ist die grundsätzliche Bereitschaft höher als der Anteil der tatsächlich Involvierten.

Gleichzeitig schrumpfen die Bundeshaushaltsmittel in Deutschland perspektivisch; inflationsbedingte Etaterhöhungen gab es in den letzten Jahren nicht und für das Jahr 2024 sind Haushaltskürzungen aufgrund der knappen Kassen anvisiert.

AKTUELLE DEBATTEN ZU PFLICHT-DIENST UND GESELLSCHAFTSJAHR

Repräsentative Umfragen zeugen von einer großen Akzeptanz einer möglichen Dienstpflicht in Deutschland; je nach Umfrage begrüßen 67 Prozent (Grabbe 2022) bzw. 75 Prozent (Pohl 2017) der Bevölkerung ein solches Pflichtmodell. Schaut man genauer auf die Zustimmungswerte, lässt sich allerdings ein Unterschied zwischen den Generationen ablesen; insbesondere unter Bürgerinnen und Bürgern zwischen 18 und 24 Jahren stimmten dem Vorschlag nur noch 18 Prozent voll zu und weitere 4 Prozent können sich ein Pflichtmodell für Männer vorstellen (Grabbe 2022). Bei den 14- bis 29-Jährigen sprachen sich 2017 noch knapp 60 Prozent für ein Pflichtjahr aus (Pohl 2017). Die großen Einschränkungen der Jugendgeneration während der Coronapandemie hatten möglicherweise einen Einfluss auf die sinkenden Zustimmungswerte über die letzten fünf Jahre.

Je nach Umfrage befürworten 67 Prozent bzw. 75 Prozent der Bevölkerung in Deutschland einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst.

Dennoch hat die CDU auf ihrem Parteitag im September 2022 einen Antrag für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr beschlossen, auch wenn Teile der Partei für ein freiwilliges Format plädierten (CDU 2022); davor stieß Bundespräsident Steinmeier Mitte 2022 eine Debatte zu einer Dienstpflicht an. Beide Vorstöße zielen auf die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die FDP-Politikerinnen Franziska Brandmann und Bettina Stark-Watzinger positionierten sich hingegen klar für ein freiwilliges Modell (Brandmann/Stark-Watzinger 2022).

Zudem forderten mit Beginn des Krieges gegen die Ukraine immer wieder führende Personen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine Rückkehr zur Wehrpflicht. Bundeswehrvertreter lehnen den Vorschlag jedoch ziemlich geschlossen als nicht zielführend für die Wehrhaftigkeit der Bundesrepublik ab, auch weil sich der Soldatenberuf in den letzten Jahren so stark gewandelt hat, dass die Armee überwiegend hochqualifizierte Spezialkräfte braucht.

Analysiert man die aktuelle Mediendebatte weiter, in der sich inzwischen Spitzenpolitikerinnen und -politiker aus ziemlich allen Parteien geäußert haben, steht im Zentrum überwiegend die Frage, ob eine Pflicht zumutbar wäre, welche Eingriffe sie in die individuelle Lebensplanung verursachen würde und wie die Frage in Hinblick auf die Generationengerechtigkeit zu bewerten wäre. Zudem werden Fragen der Finanzierbarkeit und Verfassungskonformität diskutiert.

Deutlich nachgelagert – die aus Sicht dieser Studie zentralen Fragen: Welchen gesellschaftlichen Mehrwert hat der Einsatz von etwa 800.000 Jugendlichen jährlich in Deutschland? Welche Aufgaben können junge Menschen übernehmen? Welche Qualifizierung und Begleitung brauchen sie dafür? Und welche Ziele verknüpfen wir als Gesellschaft damit?

KAPAZITÄTEN UND QUALIFIKATION

Erschwerend kommt hinzu, dass einigen Positionen, die in den letzten Monaten über verschiedene Medien geteilt wurden, Annahmen zugrunde liegen, die in den existierenden Dienstmodellen nicht angelegt sind. Beispielsweise verweisen Fürsprecher eines Pflichtdienstes immer wieder auf die fehlenden Kapazitäten im Zivil- und Katastrophenschutz und suggerieren, dass Dienstleistende dafür perspektivisch zur Verfügung stünden. Jedoch ist derzeit in keinem Modell ein Status für Reservistinnen und Reservisten vorgesehen; selbst im Freiwilligen Wehrdienst der Bundeswehr steht nur ein geringer Anteil der Dienstleistenden über die aktive Zeit hinaus zur Verfügung. Erfahrungen mit Freiwilligendienstleistenden im THW zeigen zum Beispiel, dass die Jugendlichen meist erst zu Ende ihres Jahres genug Ausbildungstage erfahren haben, um aktiv an Einsätzen teilzunehmen. Oft werden sie sogar stärker in administrativen Bereichen der Organisation eingebunden und sind gar nicht als Helfende in Einsätzen vorgesehen.

Die Dienstleistenden und ihre (erworbenen) Qualifikationen werden zudem derzeit nicht systematisch erfasst und Anschlussperspektiven gibt es lediglich auf Organisationsebene, indem Einsatzstellen versuchen, die jungen Menschen in ehrenamtlichen Strukturen längerfristig zu halten. Das gelingt derzeit vor allem dort, wo solche Strukturen gut verankert sind und das Engagement ortsunabhängig erfolgen kann, beispielsweise beim Technischen Hilfswerk mit seinen bundesweiten Anlaufstellen. Denn ein Großteil der Jugendlichen befindet sich während des Dienstes in einer Übergangsphase und zieht im Anschluss zum Beispiel für ein Studium um.

Die Zahl der Zivildienstleistenden lag in den Spitzenzeiten um 2002 bei circa 135.000 jungen Männern, also nur etwa ein Drittel höher als die heutige Anzahl an jährlichen Freiwilligendienstleistenden.

Ebenso greift die Argumentation zu kurz, die jungen Menschen hätten zu Zeiten des Zivildienstes auch sinnvolle Tätigkeiten ausgeführt. Denn die Zahl der Zivildienstleistenden lag in den Spitzenzeiten um 2002 bei circa 135.000 jungen Männern (Nier 2019), also nur etwa ein Drittel höher als die heutige Anzahl an jährlichen Freiwilligendienstleistenden und weit unter den circa 800.000 Jugendlichen, die derzeit einen Schulabschlussjahrgang bilden.

Gleichzeitig dienten 2002 knapp 85.000 Männer als Wehrpflichtige (Rudnicka 2022), die Bundeswehr und die Anforderungen an den Soldatenberuf haben sich seither drastisch gewandelt, sodass ein Zurück zu solch hohen Zahlen für den militärischen Dienst keine Option mehr ist, auch nicht unter den sich verändernden sicherheitspolitischen Umständen, die Europa derzeit erfährt.

Auffällig in der Debatte ist, dass sich alle durchführenden Organisationen der militärischen und zivilen Dienste gegen eine (Wieder-)Einführung der Dienstpflicht aussprechen (KAS 2022; Deutscher Bundestag 2022). Der hohe Ausbildungs- und Betreuungsaufwand sowie die Sorge vor fehlender Motivation, die insgesamt zu einer schlechteren Qualität im Vergleich zum derzeitigen Angebot führen könnte, werden als zentrale Gegenargumente angeführt.

Einig sind sich aber alle, die sich an der Debatte beteiligen, in folgenden Punkten:

- Gesellschaftsdienste (egal ob freiwillig oder verpflichtend) sind wirkungsvolle Lernorte für die einzelne Person, auch in Hinblick auf demokratische Prozesse und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in gesellschaftlichen Belangen.
- Unsere Gesellschaft braucht mehr Miteinander und Füreinander; der individuelle Beitrag zu einer gelingenden Demokratie muss sich in mehr als Steuerabgaben und einer gelegentlichen Stimmabgabe bei Wahlen niederschlagen.

BLICK NACH EUROPA: DIENSTMODELLE IN DEN NACHBARLÄNDERN

Die aktuelle Debatte in Deutschland fokussiert aus unserer Sicht zu stark auf die Möglichkeiten von Inlandsdiensten und orientiert sich zu sehr an hierzulande üblichen Formen des Engagements. Dabei lohnt es sich, Modelle europäischer Nachbarn in den Blick zu nehmen und auf übertragbare Elemente hin zu prüfen.

FRANKREICH: EIN NATIONALDIENST FÜR DEN ZUSAMMENHALT

Während seines Wahlkampfes 2017 kündigte Emmanuel Macron einen Nationaldienst an, der als Moment des Zusammenhalts dienen sowie jungen Französinnen und Franzosen die Freude am Engagement vermitteln sollte. 2019 wurde er eingeführt. Als Antwort auf die Terroranschläge der letzten Jahrzehnte in Frankreich, auf die Unruhen in den Banlieus sowie den zunehmenden Rechtsruck in der Bevölkerung soll der Service National Universel (SNU) das Miteinander in Frankreich stärken, das Vertrauen in den Staat zurückgewinnen und das Interesse an dauerhaftem Engagement steigern.

Der Service National Universel richtet sich an alle französischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zwischen 15 und 25 Jahren.

Derzeit richtet sich der Dienst als freiwilliges Angebot an alle französischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zwischen 15 und 25 Jahren. Der Dienst ist in drei Phasen unterteilt (Ministère de l'Éducation nationale et de la Jeunesse, o. J.):

1. Phase: *Séjour de cohésion*

Der Dienst beginnt mit einem zweiwöchigen Aufenthalt in einer Gemeinschaftsunterkunft außerhalb des eigenen Departements, der bereits im Alter zwischen 16 und 18 Jahren vorgesehen ist. Die Jugendlichen werden zentral zugeteilt, um möglichst heterogene Gruppen bezüglich ihrer regionalen Herkunft und ihrem sozialen Hintergrund zusammenzustellen. Militärisches und pädagogisches Personal betreut die Jugendlichen. Geprägt sind die beiden Wochen von militärischen Ritualen wie einem morgendlichen Fahnenappell und Frühsport. Zudem besuchen alle Jugendlichen Kurse in Staatsbürgerkunde, die Wissen über die französische Geschichte, aber auch über die Rolle und das Verständnis eines Staatsbürgers in der Demokratie vermitteln. Zudem können die jungen Menschen nach ihren eigenen Interessen sogenannte Ateliers zu aktuellen Themen wie Klimaschutz oder Cybermobbing belegen.

2. Phase: *Mission d'intérêt général*

Im darauffolgenden Abschnitt des Dienstes bringen sich die Jugendlichen für mindestens 84 Stunden in gemeinnützigen Einrichtungen an ihrem Wohnort ein. Das Engagement kann am Stück in etwa zwei Wochen oder sukzessive über einen längeren Zeitraum geleistet werden.

3. Phase (optional): Engagement volontaire

Die dritte Phase ist optional und ermutigt die Teilnehmenden des SNU, sich weiterhin ehrenamtlich zu engagieren. Besonders beworben werden ehrenamtliche Angebote im Katastrophen- und Zivilschutz.

2019 startete der erste Pilotjahrgang mit 2.000 Jugendlichen. 2020 musste der Dienst Pandemiebedingt pausieren. 2021 nahmen 18.000 Jugendliche teil. 2022 werden bis Jahresende voraussichtlich 50.000 junge Menschen mitmachen.

Ursprünglich sollte der SNU deutlich schneller ausgebaut und ab 2024 verpflichtend für alle französischen Jugendlichen, also ca. 800.000 Personen pro Jahrgang, sein. Dafür wollte der französische Staat etwa 1,5 Mrd. Euro pro Jahr investieren, das entspricht 1.875 Euro pro Kopf. Das Budget sowie auch die Verantwortung für das Programm liegen beim Ministerium für Bildung und Jugend, das in Frankreich für Engagement zuständig ist.

Ein Großteil der Kosten entfällt auf die Betreuung und pädagogische Begleitung während der zwei Präsenzwochen zu Beginn des Dienstes. 2021 waren insgesamt 3.000 Betreuerinnen und Betreuer an der Anleitung und Ausbildung beteiligt, das heißt, auf sechs Jugendliche kommt eine Betreuungsperson.

Aufgrund der Coronapandemie ist der Dienst jedoch langsamer ausgebaut worden. Ob der SNU in den kommenden Jahren verpflichtend wird, ist derzeit noch unklar. Dafür müsste eine Verfassungsänderung verabschiedet werden, wofür sich derzeit keine politische Mehrheit in Frankreich abzeichnet. Zudem mahnen Kritiker, dass die Maßnahme aufgrund der kurzen Dauer wenig Nachhaltigkeit zeige in Hinblick auf das Engagementverhalten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Kosten wiederum seien im Verhältnis zur geringen Wirkung zu hoch.

Die Teilnehmenden selbst bewerten ihre Erfahrungen bisher durchaus als positiv und bereichernd für die eigene Biografie. Allerdings werden bisher auch nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen erreicht. Die Zusammensetzung der Teilnehmenden zeigt ähnliche Tendenzen auf wie in den deutschen Freiwilligendiensten: Mehr Frauen (56 Prozent) als Männer (44 Prozent), überdurchschnittlich viele Jugendliche der höheren Bildungswege und eine Unterrepräsentation derjenigen, die aus sogenannten „Quartier Prioritaire“ kommen. Letzteres mag auch daran liegen, dass der SNU derzeit nur Staatsbürgern offensteht und viele junge Menschen aus diesen Vierteln keine französische Staatsbürgerschaft innehaben. Weiter lässt sich beobachten, dass überdurchschnittlich viele Kinder Eltern haben, die in uniformierten Berufen aktiv sind oder waren (Feuerwehr, Armee, Polizei).

Eine ausführliche Evaluation der ersten Jahrgänge ist vorgesehen, aber noch nicht abgeschlossen.

Der SNU baut auf dem Tag der Verteidigung und der Staatsbürgerschaft (Journée défense et citoyenneté (JDC)) auf, den der ehemalige Präsident Jaques Chirac 1998 eingeführt hat. Jugendliche mit französischer Staatsbürgerschaft absolvieren diesen Tag in der Regel verpflichtend vor ihrem 18. Geburtstag (in Ausnahmefällen bis zu ihrem 25. Geburtstag). Sie werden dazu schriftlich eingeladen. Ziel dieses Tages ist es, Einblicke in die französische Verteidigung sowie die Karrieremöglichkeiten in der Armee zu gewähren, einen Überblick über die europäische und internationale geopolitische Situation sowie die aktuellen internationalen Abkommen Frankreichs zu geben. Seit 2014 ist ein Erste-Hilfe-Training in den Tag integriert (Service-Public.fr, o. J.).

Ein wichtiger Aspekt ist, dass die Jugendlichen sowohl für den JDC als auch für den SNU direkt angeschrieben werden. Der SNU wird zudem in Schulen, Sportverbänden und in Medienkampagnen bekannt gemacht. Auch wenn der Ausbau derzeit hinter dem Plan liegt, ist es doch beachtlich, wie viele Jugendliche sich für dieses sehr junge Format entscheiden, was auch auf ein gutes Kommunikations- und Informationskonzept hinweist.

ERKENNTNISSE AUS DEM FRANZÖSISCHEN MODELL

Frankreich hat einen neuen Dienst etabliert. Dabei hat das Land den Weg einer schrittweisen Einführung mit begleitender Evaluation gewählt, um ein noch nicht erprobtes Modell zu testen, bevor es skaliert bzw. zu einer Pflicht für alle wird. Bemerkenswert ist zudem die zentral gesteuerte Auswahl von jungen Menschen aus verschiedenen Regionen und sozialen Milieus. Das Ziel, jungen Menschen eine andere Perspektive zu ermöglichen als die ihrer sozialen Bubble, ist in Deutschland oftmals ein Argument für die Einführung eines Pflichtdienstjahres, so z. B. im Antrag der CDU für einen Pflichtdienst auf dem Bundesparteitag 2022 (CDU 2022: 170). Das französische Beispiel zeigt Ansätze, wie das Zusammenkommen unterschiedlicher Milieus auch in einem freiwilligen Format unterstützt werden kann.

Zudem wird sichtbar, dass der Betreuungsschlüssel für ein qualitativ solides Angebot hoch ist und die Ausbildung und Begleitung ein zentrales Element darstellt. Die Strukturen dafür zu schaffen und genügend gute Betreuerinnen und Betreuer – ehrenamtlich oder hauptberuflich – zu beschäftigen, ist zentral für das Gelingen und wohl ein Projekt, das schrittweise über Jahre umgesetzt werden muss.

Ein Vorteil des SNU besteht darin, Jugendliche im Schulalter zu adressieren, also früh in der Bildungsbiografie und in einem Lebensabschnitt, in dem sie zumindest einen relativ kurzen Dienst sehr leicht integrieren können – egal, welche Schul- oder Ausbildungslaufbahn sie künftig wählen.

SCHWEIZ: DIE MILIZARMEE ALS UNIKAT IN EUROPA

Die Schweiz verfügt über eine Milizarmee. Damit hat sie in Europa eine einzigartige Wehrform, die auf einer langen Tradition fußt. Besonders an dieser Wehrform ist der geringe Anteil an Berufssoldaten und der große Anteil an Reservisten, seit 2004 auch Reservistinnen. Die Wehrpflicht gilt für männliche Staatsbürger, ersatzweise kann sie auch als Zivildienst abgeleistet werden.

Vor der eigentlichen Musterung und Rekrutierung besuchen alle Schweizer obligatorisch einen Orientierungstag, der den Auftrag der Armee, die Einsatzmöglichkeiten sowie aktuelle Einblicke in die Sicherheitspolitik des Landes gibt. Frauen können freiwillig teilnehmen und sich ebenfalls freiwillig zum Militärdienst melden. Derzeit diskutiert die Schweiz, diesen Tag auch für Frauen verpflichtend zu machen.

Die Schweiz verfügt über eine Milizarmee. Besonders an dieser Wehrform ist der geringe Anteil an Berufssoldaten und der große Anteil an Reservisten, seit 2004 auch Reservistinnen.

Das Besondere am Schweizer Modell ist, dass sich die Ausbildung der Soldaten über mehrere Jahre streckt und damit die Verflechtung zwischen Bürgern und Armee eine ganze Lebensphase umfasst. In der Regel dauert die Grundausbildung 18 Wochen. Anschließend absolvieren die Soldaten innerhalb der folgenden zehn Jahre mindestens sechs Wiederholerkurse, die jeweils 19 Tage dauern. Je nach Dienstgrad und Einsatzbereich ist die Ausbildungs- und Verweildauer in der Armee etwas länger (Schweizer Armee 2021).

Die Wehrform stößt auf mehrheitliche Zustimmung in der Schweizer Bevölkerung. 2022 sprachen sich 60 Prozent für die Beibehaltung einer Milizarmee aus, nur 35 Prozent wollen die Wehrpflicht abschaffen; unter den 18- bis 34-jährigen Schweizerinnen und Schweizern sind es allerdings 49 Prozent (Tresch, et al. 2022: 189f).

Der Auftrag der Schweizer Armee ist im Vergleich zu anderen EU-Ländern stärker nach innen gerichtet. Die Schweiz gehört nicht zur NATO und beteiligt sich kaum an internationalen Missionen und Einsätzen. Gebäudeschutz, Einsätze nach Naturkatastrophen oder logistische Unterstützung bei Großlagen wie der Coronapandemie machen das Gros der Einsatztage aus. Dementsprechend haben sich das Soldatenbild und die Anforderungen an den Einzelnen nicht so drastisch geändert, wie z. B. in der Bundeswehr, bei der inzwischen ein Großteil der Einsatztage auf internationale Missionen entfällt.

Trotzdem stößt die Umsetzung zunehmend an Grenzen, da die individuelle Lebensplanung sowie Interessen seitens der Arbeitgeber oft nicht im Einklang mit den Anforderungen der Armee stehen, planbar und regelmäßig an den Wiederholerkursen teilzunehmen. Um den Lebensrealitäten und der Vereinbarkeit des Wehrdienstes mit Beruf und Familie zu begegnen, hat die Schweizer Armee in den letzten Jahren einige Flexibilisierungen vorgenommen: So wurde die grundsätzliche Armeezugehörigkeit von zwölf auf zehn Jahre verkürzt; der Gesamtumfang der Ausbildungstage wurde reduziert und Schweizer können den Beginn ihrer Armeezeit bis zum Ende des 24. Lebensjahres aufschieben.

Zwar ist die Tauglichkeitsrate in den letzten Jahren wieder gestiegen und 73 Prozent der Männer werden einberufen, doch scheidet ein erheblicher Teil während der Grundausbildung bzw. der zehnjährigen Dienstpflicht aus unterschiedlichen Gründen aus, z. B. wegen eines beruflichen Auslandsaufenthalts oder gesundheitlichen Einschränkungen.

Im April 2022 initiierte ein parteiübergreifendes Bündnis eine Volksinitiative zum Service Citoyen. Das Manifest sieht vor, einen Gesellschaftsdienst für alle Schweizerinnen und Schweizer einzuführen, der wahlweise in der Armee, im Zivil- und Katastrophenschutz oder in sozialen Einrichtungen geleistet werden kann. Sollten ausreichend Unterstützerinnen das Anliegen mittragen, wird das Volksanliegen 2026 nach Schweizerischem Usus mit einem konkreten Gesetzentwurf zur Volksabstimmung gebracht (Initiative Service Citoyen o.J.).

ERKENNTNISSE AUS DEM SCHWEIZER MODELL

Soldatinnen und Soldaten stehen über einen Zeitraum von zehn Jahren zur Verfügung und können im Einsatzfall zügig und relativ zahlreich eingesetzt werden, so zuletzt erprobt während der Pandemie, als die Schweizer Armee viele Aufgaben der Amtshilfe, z. B. in Impfzentren, übernahm.

Die enge Verflechtung der Armee mit ihren Bürgern bringt zudem ein verhältnismäßig gutes Verständnis für den Auftrag und die Bedeutung der Armee mit sich, was sich in relativ hohen Zustimmungswerten sowie grundsätzlich hohem Vertrauen der Schweizer in ihre Armee zeigt.

Zugleich lässt das Modell erkennen, dass eine Pflicht nicht bedeutet, dass alle gleichermaßen dienen. In demokratischen und freiheitsbejahenden Gesellschaften wird es vor allem in der mobilen und globalisierten Arbeits- und Ausbildungsrealität sowie einer zunehmend individuellen Lebensplanung immer Möglichkeiten geben, sich dem Dienst zu entziehen, sei es aus persönlichen oder beruflichen Gründen. Sanktioniert wird das Fernbleiben von der Armee in der Schweiz mit einem höheren Steuersatz (4 Prozent des Einkommens), das heißt, ein Ausgleich findet auf rein monetärer Ebene statt. Offensichtlich stehen demokratische Staaten immer im Spannungsfeld, wie sie Gerechtigkeit und Einzelfallentscheidungen in einem Pflichtmodell in Einklang bringen können.

SCHWEDEN: DIE NEUAUFLAGE DER WEHRPFLICHT

Schweden setzte wie viele europäische Länder die Wehrpflicht 2010 aus. Doch wenige Jahre später, nämlich 2017, entschied die damalige rot-grüne Regierung, die Wehrpflicht neu aufzulegen und sie auf Frauen auszuweiten. Treiber für diese Entscheidung war der Personalmangel in der schwedischen Armee, die zu wenige freiwillige (und geeignete) Bewerber hatte. Der veränderten Sicherheitslage im Baltikum, die sich durch eine zunehmende russische Präsenz in der Region kontinuierlich anspannte, wollte Schweden mit einer personell gut ausgestatteten Armee begegnen. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht sollte also vor allem gut qualifizierte Menschen für die Armee begeistern.

Schweden legte 2017 die Wehrpflicht neu auf und weitete sie auf Frauen aus.

Der Beschluss wurde 2017 von den Oppositionsparteien mitgetragen und fand breite Zustimmung in der Bevölkerung. Da die Gesamtverteidigung (totalförsvarsplikt) weiterhin für alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zwischen 16 und 70 Jahren als Bürgerpflicht im National Service Act gesetzlich verankert war, konnte der Beschluss ohne größere juristische Hürden 2018 in die Umsetzung gehen.

Ein Zivildienst, den der National Service Act mit vorsieht, ist bisher nicht reaktiviert worden. Doch wer wird in Schweden eingezogen?

Zum 18. Geburtstag werden alle schwedischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger angeschrieben, das sind pro Jahrgang etwa 93.000 junge Menschen. Das Schreiben enthält grundlegende Informationen zum Wehrdienst in der schwedischen Armee, zielgruppengerecht aufbereitet, z. B. mit QR-Codes zu multimedialen Beiträgen auf den gängigen Social Media Plattformen. Zudem ergeht mit dem Schreiben die verpflichtende Aufforderung, an einer Online-Befragung teilzunehmen. Darin machen die Jugendlichen Angaben zu ihrer derzeitigen Lebens- und Ausbildungssituation und beantworten Fragen zum grundsätzlichen Interesse und zur potenziellen Eignung für eine Verwendung in den schwedischen Streitkräften.

Die Teilnahmequote liegt bei 96 Prozent. Bei Nicht-Teilnahme ist grundsätzlich eine Geldstrafe vorgesehen, aufgrund der hohen Akzeptanz wird diese Sanktionsmöglichkeit wohl in der Praxis derzeit nicht angewandt (Hintergrundgespräch Swedish Defence University).

Von den digital Befragten werden knapp 20 Prozent, also etwa 19.000 Personen pro Jahrgang, zur Musterung einbestellt. Bei der Auswahl sind die grundsätzliche Eignung sowie die persönliche Motivation ausschlaggebend. Von den Gemusterten werden etwa 4.000 Personen eingezogen; das entspricht 4 Prozent einer Alterskohorte, die im schwedischen Wehrpflichtmodell einen Dienst leistet.

Der Dienst dauert dann je nach Verwendung 6 bis 15 Monate. Die Ausbildung findet gemeinsam mit Soldatinnen und Soldaten statt, die sich freiwillig als Zeit- oder Berufssoldaten für die Armee entschieden haben. Auch in Bezahlung und Behandlung unterscheiden sich die beiden Gruppen von Rekruten nicht.

Mit dem Modell schafft es die schwedische Armee, kontinuierlich qualifiziertes Personal zu gewinnen. Zudem sorgen die flächendeckende Information und die verpflichtende Teilnahme an der Online-Befragung für eine einheitliche Wissensbasis bei den Schwedinnen und Schweden. Sie überblicken, welche Möglichkeiten eine militärische Laufbahn bietet, und entwickeln ein grundlegendes Verständnis dafür, welchen Beitrag Bürgerinnen und Bürger zur schwedischen Sicherheit leisten können oder müssen.

Das derzeitige System stößt in der Gesellschaft und über Parteigrenzen hinweg auf Zustimmung. Die schwedische Armee erfährt bei den freiwilligen Meldungen derzeit ein Rekordhoch (auch schon 2021 vor Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine) und verzeichnet einen wachsenden Frauenanteil unter den Freiwilligen. Damit stellen sich genau jene positiven Effekte, auf die dieses Wehrmodell abzielte, nach einigen Übergangsjahren wie erhofft ein.

ERKENNTNISSE AUS DEM SCHWEDISCHEN MODELL

Alleine die zielgruppengerechte Information aller jungen Menschen leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger mit den Dienstmodellen (in diesem Fall der schwedischen Armee) vertraut machen und sich zumindest für einen kurzen Moment mit der Organisation, ihrem Auftrag und den Möglichkeiten für die individuelle Mitwirkung auseinandersetzen. In der Folge bewarben sich über die letzten Jahre hinweg auch mehr freiwillig Dienstleistende in allen Berufslaufbahnen der Armee. Schweden verzeichnet derzeit ein Hoch an Offiziersbewerbern und kann der gestiegenen Nachfrage aufgrund von limitierten Ausbildungskapazitäten gar nicht gerecht werden.

Die Effekte der Reform – unter anderem ein stetig steigender Frauenanteil in der Armee – werden nun nach circa fünf Jahren sichtbar. Daraus lässt sich ableiten, dass solche Projekte Zeit brauchen, um zu fruchten. Ein Zehnjahreshorizont für merkbare Veränderungen ist durchaus realistisch.

Schweden zeigt auch, dass es sich lohnt, ein ganz konkretes Problem zu adressieren und die Maßnahmen darauf zuzuschneiden. Eine genau auf die militärische Herausforderung (nicht genug qualifizierten Nachwuchs) ausgerichtete Lösung anstatt eines vermeintlichen Patentrezepts für alle gesellschaftlichen Herausforderungen führte nicht zuletzt zu einem breiten Konsens in der Parteienlandschaft und der Gesellschaft. Sie alle tragen das Modell mit und ermöglichen eine konzentrierte und zügige Umsetzung.

DREI ZENTRALE HANDLUNGSFELDER FÜR DIE UMSETZUNG

Zentral für die folgenden eruierten Handlungsfelder und -empfehlungen ist der Aspekt der Machbarkeit. Ziel ist es, jetzt erste Schritte anzustoßen bzw. zu pilotieren, um von der bloßen Debatte über das Potenzial von Gesellschaftsdiensten in die Umsetzung zu kommen und die hohe Motivation insbesondere der jungen Bevölkerung zu nutzen.

Für alle angedachten oder eingeleiteten Schritte empfiehlt sich eine sukzessive Vorgehensweise durch Implementierung und Auswertung von Modellprojekten. Viele Annahmen, welche positiven Effekte ein Dienst auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene hätte, lassen sich nur langfristig und durch Erprobung konkreter Praxen verifizieren; für die Jugendlichen attraktive, sinnstiftende und zugleich gesellschaftsrelevante Einsatzmöglichkeiten zu finden, wird dabei ein zentraler Aspekt sein. Es bedarf einer weiteren iterativen Konzeptionsarbeit, zum Beispiel um vergleichbare Bestandteile der pädagogischen Begleitung oder zusätzliche Elemente des europäischen Austausches zu verankern. Sie sollte als kontinuierlicher Prozess unter Beteiligung von Jugendlichen und erfahrenen Akteurinnen und Akteuren des Feldes angelegt sein.

Zugleich sollen Dienstmodelle, ob freiwillig oder verpflichtend, keinesfalls Kollateralschäden in den Bildungs- oder Einkommensbiografien verursachen. Da Studien zur Auswirkung von Pflichtdiensten – exemplarisch an Wehrpflichtmodellen weltweit untersucht – je nach konkreten Rahmenbedingungen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen (Bach 2017), ist es entscheidend, Dienstmodelle mit Augenmaß und unter solider wissenschaftlicher Begleitung zu etablieren.



INFORMATIONSGARANTIE – WISSEN FÜR ALLE

Obwohl sich viele Jugendliche grundsätzlich für ein Dienstjahr interessieren, entscheiden sie sich nicht dafür. Das fehlende Wissen über die Optionen stellt eine maßgebliche Hürde dar.

Selbst Jugendliche, die sich derzeit in einem Freiwilligendienst befinden, haben meist wenig Überblick, welche Alternativen es gegeben hätte. Die Vielfalt der Einsatzmöglichkeit von Denkmalschutz über kulturelle Einrichtungen bis zu Umwelt- und Blaulichtorganisationen sowie in den großen Wohlfahrtsverbänden (z. B. Diakonie und Caritas) ist oftmals nicht bekannt.

Ein zentraler erster Schritt für eine breitere Akzeptanz besteht darin, Jugendlichen zielgruppengerecht mindestens einmal im Alter zwischen 16 und 18 Jahren einen guten Überblick aller Optionen zukommen zu lassen. So steigt nicht nur der Bekanntheitsgrad eines Gesellschaftsjahres. Dieser Schritt soll allen Jugendlichen auch eine kuratierte Gelegenheit bieten, sich eine eigene Meinung über den Wert und Zweck eines möglichen Dienstes zu bilden. Konkret könnten Schritte zur Informationsgarantie folgendermaßen aussehen:



EMPFEHLUNG: ZIELGRUPPENGERECHTE INFORMATION

Alle Jugendlichen erfahren zuverlässig, welche konkreten Möglichkeiten, jeweiligen Chancen und persönlichen Herausforderungen ein Gesellschaftsjahr bereithält. Angereichert mit Inhalten in digitalen Medien, die die Zielgruppe regelmäßig nutzt, soll die Ansprache so gestaltet sein, dass Jugendliche sich wiederfinden. Ein solches Informationspaket könnte mit Jugendlichen für Jugendliche konzipiert und regelmäßig auf die Lebenswirklichkeiten der jungen Menschen angepasst werden (z. B. Einbindung neuer Medienkanäle). In das Informationspaket ließen sich wertebasierte Botschaften zum Selbstverständnis einer aktiven Staatsbürgerschaft integrieren. Der Zeitpunkt der Information könnte gekoppelt werden an den Beginn des letzten Schuljahres oder den 16. Geburtstag.

Für das digitale oder postalische Versenden der Informationen müssten die Zuständigkeiten geklärt werden. Denkbar wäre, diese Aufgabe in die kommunale Verantwortung zu geben oder die Schulbehörden dafür zu gewinnen. Es gibt zwar seit wenigen Jahren unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine gemeinsame Plattform, die das Angebot ziviler Dienstformate bündelt und ehemalige Dienstleistende als Botschafterinnen platziert.¹ Es bleibt aber die Holschuld der Jugendlichen bzw. der Bildungseinrichtungen, diese Optionen aktiv zu nutzen. Die Plattformen können als Basis dienen und die Verantwortlichen dieser Angebote mit der Aufbereitung des Informationspakets beauftragt werden. Zudem wäre es wünschenswert, alle Gesellschaftsdienste inklusive der militärischen Optionen an einem Ort zu bündeln. Bisher werden militärische und zivile Dienste selten zusammen vorgestellt bzw. beworben.



EMPFEHLUNG: INFORMATIONS- UND AKTIONSTAG

Ein jährlich stattfindender Aktionstag widmet sich den Gesellschaftsdiensten. Nach dem Vorbild des 2001 eingeführten Girls' Day², der von einem breiten Bündnis aus Bundesministerien, Verbänden und Gewerkschaften getragen wird, soll dieser Tag fester Bestandteil des schulischen Curriculums werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen potenzielle Einsatzstellen in ihrem Umfeld kennenlernen und einen praktischen Einblick bekommen, wie ein solcher Dienst ablaufen würde. Zudem können sie Gespräche mit aktiven Freiwilligen führen, die authentisch weitergeben, welche Optionen und Herausforderungen ihr Dienstjahr für sie bereithielt. Studien zeigen, dass Freunde und das direkte soziale Umfeld die wichtigste Informations- und Inspirationsquelle für ein Engagement sind (DKJS 2020: 27). Daher ist das Mitwirken von Gleichaltrigen als Botschafterinnen und Botschafter zielführend.

¹ Siehe dazu: <https://www.jugendfreiwilligendienste.de/> beziehungsweise <https://www.freiwilligenbotschaft.de>

² Siehe dazu: <https://www.girls-day.de/>



EMPFEHLUNG: VERPFLICHTENDER EHRENAMTSTAG

Ähnlich dem Journée Défense et Citoyenneté in Frankreich kann mittelfristig ein verpflichtender Ehrenamtstag Teil der Schulausbildung werden. Hier stünde nicht nur die Information im Fokus, sondern die Jugendlichen sollten sich konkret für einen Tag im unmittelbaren Umfeld einbringen. Aufgaben können in Absprache mit den Kommunen und lokalen zivilgesellschaftlichen oder auch kirchlichen Einrichtungen jährlich definiert werden. Konkrete Aufgaben sollten so einfach sein, dass sie ohne aufwendige Anleitung oder Ausbildung zu erledigen sind und trotzdem eine lokale Wirkung erzielen, z. B. Müll sammeln, Grundschulkindern vorlesen oder kommunale Grünanlagen pflegen.

Der Tag könnte perspektivisch für Jugendliche in den jeweils letzten beiden Schuljahren ein Pflichtmodul werden, der zudem Bürgerinnen und Bürger aller Generationen offensteht. In einigen Kommunen gibt es dafür bereits gute Strukturen, da regelmäßige Tage der Nachbarschaftshilfe oder ähnliches durchgeführt werden.

Wie Studien belegen, kann dies ein Impuls für weiteres Engagement sein: Wer sich einmal ehrenamtlich engagiert hat, tut das mit großer Wahrscheinlichkeit wieder. Zugleich gibt ein solcher Tag lokalen Akteuren die Möglichkeit, aufzuzeigen, wie junge Menschen selbstwirksam ihr unmittelbares Umfeld mitgestalten können.

RAHMENBEDINGUNGEN: ERWEITERTES PLATZANGEBOT

Voraussetzung für die beschriebenen Handlungsempfehlungen ist ein erweitertes Angebot finanzierter Einsatzplätze. Aktuell bewerben Einsatzorganisationen die Möglichkeiten ziviler Dienste deshalb nur wenig, weil sich in den meisten Regionen ohnehin genug Interessierte für eine begrenzte Anzahl an finanzierten Plätzen finden. Eine systematische Informationskampagne bzw. eine Informationspflicht sind folglich nur wirkungsvoll, wenn zugleich ausreichend Plätze für alle interessierten Jugendlichen etabliert werden. Ein ähnliches Konzept, nämlich einen gesetzlich verankerten Anspruch auf einen Freiwilligenplatz, schlug die damalige Bundesfamilienministerin Franziska Giffey 2018 vor (BMFSFJ 2018); die Initiative liegt derzeit brach. Nach Einschätzung eines Antrags der CDU auf dem Bundesparteitag bräuchte es für eine Platzgarantie eine Grundgesetzänderung (CDU 2022: 175).

ERWARTETE WIRKUNG: ANREIZE DURCH WISSEN

Diese Handlungsempfehlungen beheben eine der einschlägigsten Hürden, nämlich fehlendes Wissen über ein Dienstjahr (DKJS 2020: 13). Gleichzeitig ließen sich mit breit angelegten Informationskampagnen Bildungsaspekte verknüpfen, die den gemeinsamen Wertekanon aktiver Mitbürgerinnen und Mitbürger vermitteln und erlebbar machen. Anreize für ein längerfristiges Engagement würden mit ersten kurzen Aktionen gesetzt, die Selbstwirksamkeit im unmittelbaren Umfeld erlebbar sowie lokale Akteure sichtbar machen.



FLEXIBILISIERUNG – EIN DIENST FÜR ALLE LEBENSLAGEN

Ein weiterer Aspekt, warum sich Jugendliche derzeit nicht auf ein Gesellschaftsjahr einlassen, ist der hohe Zeitaufwand (DKJS 2020: 40); für Teilnehmende unter 27 Jahren können die Formate bis auf wenige Ausnahmen nur in Vollzeit absolviert werden. Damit sind beispielsweise ein begleitendes Studium, das Nachholen eines Schulabschlusses oder familiäre Verpflichtungen nicht vereinbar.

Zugleich können viele Einsatzstellen Freiwillige in Vollzeit nicht sinnstiftend einsetzen und betreuen. Eine Flexibilisierung der Dauer, der Stundenanzahl sowie der Einsatzgebiete würde eine deutlich breitere Zielgruppe ansprechen und neue gesellschaftsrelevante Tätigkeitsfelder erschließen.



EMPFEHLUNG: MEHRJÄHRIGES DIENSTMODELL

Der Ansatz, die Dienstzeit über mehrere Jahre zu strecken, sollte wieder aufgegriffen werden. Zu Zeiten der Wehrpflicht gab es diese Option für Engagierte im Zivil- und Katastrophenschutz.

Damit werden gleich zwei Ziele erreicht: In Einsatzfeldern, die überwiegend ehrenamtlich organisiert sind, ergeben sich zusätzliche Optionen, viele junge Dienstleistende zu betreuen. Das ist derzeit mit einem Vollzeitansatz kaum möglich, da beispielsweise in der Wache einer Freiwilligen Feuerwehr keine durchgängige Betreuung sowie nur punktuell sinnvolle Aufgaben vorhanden sind.

Zugleich ließe diese Flexibilität zu, dass junge Menschen das Engagement berufs- oder ausbildungsbegleitend in ihr Leben integrieren. Einen konkreten Vorschlag für ein altersoffenes Vier-Jahres-Modell hat der Malteser Hilfsdienst 2021 vorgelegt; das Konzept für einen „Gesellschaftsdienst im Bevölkerungsschutz“ sieht eine zweiwöchige Grundqualifizierung für alle Helfenden vor, darauf aufbauend eine nach Einsatzgebiet differenzierte Fachausbildung von vier Monaten, die in Teil- oder Vollzeit absolviert werden kann. In einer freiwilligen Selbstverpflichtung erklären sich die Dienstleistenden bereit, potenzielle Einsätze bei Bedarf während der nächsten vier Jahre zu unterstützen. Der Vorschlag wird derzeit in der Innenministerkonferenz geprüft (Malteser Hilfsdienst e.V. 2022). Eine Umsetzung wäre eine klare Bereicherung der derzeitigen Angebote.



EMPFEHLUNG: LEBENSZEITKONTO

Perspektivisch könnte ein mehrjähriges Dienstmodell zu einem Lebenszeitkonto weiterentwickelt werden. Hier wäre zusätzlich die Option gegeben, unterschiedliche Bereiche des gesellschaftlichen Mitwirkens kennenzulernen. Auch europäische Stationen ließen sich gut einbinden und könnten beispielsweise mit besonderer Gewichtung berücksichtigt werden, um den europäischen Zusammenhalt explizit zu unterstützen.

In dieses Modell ließe sich zudem ein Punktesystem integrieren. Ehrenamtlich Tätige können lebenslang oder über eine bestimmte Lebensphase (etwa bis zum 25. Lebensjahr) Engagementstunden sammeln, die z. B. auf die Rentenpunkte einzahlen oder in bestimmten Lebensabschnitten Vorteile gewähren (Zugang zu besonderen Bafög-Leistungen; kostenlose Weiterbildungen). Im Gegenzug könnten auch diejenigen zusätzlich (finanziell) herangezogen werden, die ihr Stundenkontingent nicht ableisten, beispielsweise über einen Solidaritätszuschlag, der fällig wird, wenn man sich nicht fürs Gemeinwohl einsetzt. Ein ähnliches Modell sieht die Schweiz vor; sie belegt Staatsbürger, die sich der Wehrpflicht entziehen, mit einem höheren Steuersatz.



EMPFEHLUNG: RESERVISTENMODELL

Im Anschluss an ein Gesellschaftsjahr kann eine Art Reservistenmodell den Stellenwert des Dienstjahres aufwerten. Dieses könnte bereits auf heutige Freiwilligendienste angewandt werden. Ziel ist es, Menschen über ihr Gesellschaftsjahr hinaus mit all ihren erlangten Qualifikationen und Erfahrungen systematisch in einer Helfenden-Datenbank zu erfassen. Auf freiwilliger Basis könnten die Menschen auch nach ihrem Jahr punktuell eingesetzt werden, wenn sie dringend gebraucht werden.

Die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal hat gezeigt, wie schwer es ist, spontan Helfende sinnvoll einzusetzen. Ist aber ein Mindestmaß an Vorqualifizierung vorhanden, auf die Einsatzleitende gezielt zurückgreifen können, können Bürgerinnen und Bürger einen maßgeblichen Beitrag in Notlagen leisten – nicht nur bei Flutkatastrophen. Die Reservistinnen könnten nach Schwerpunkten wie Umweltschutz (z. B. Ölpest, Fischsterben), Naturkatastrophen (Sturm- und Flutschäden), Gesundheitswesen (Pandemien; akute, punktuelle Personalnot im Rettungs- oder Pflegewesen) oder für den Bereich des Bildungswesens geschult und eingesetzt werden.

Eine regelmäßige Auffrischung oder Vertiefung der Qualifizierung wäre Voraussetzung. Die Schulungen und geleisteten Stunden sollten zentral erfasst werden; ein Vorbild dafür wäre etwa die Datenbank für helfende Personen des Technischen Hilfswerks.

Einige der aktuell angedachten bundesweiten Digitalprojekte (z. B. Nationale Bildungsplattform), in denen u.a. das Bündeln persönlicher Kompetenznachweise vorgesehen ist (Nationale Bildungsplattform o. J.), könnten zukünftig Qualifikationen und Engagementstunden zentral erfassen. Wie niederschwellig und wirkungsvoll Bürgerinnen und Bürger helfen können, zeigt beispielsweise das Projekt Hjerteløber („Herzläufer“) in Dänemark. Ausgebildete Personen registrieren sich freiwillig in einer App und werden parallel zu den Rettungskräften alarmiert, wenn ein Notruf mit Verdacht auf Herzstillstand eingeht. In fast 40 Prozent der Fälle sind sie vor den Einsatzkräften vor Ort und leisten Ersthilfe (TryghedsGruppen o. J.).

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN: FLEXIBILISIERUNG

Die Flexibilisierung der Freiwilligendienste ist als Ziel im Koalitionsvertrag verankert (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: 76). Es soll möglich werden, das Dienstjahr in Teilzeit zu leisten, um etwa parallel einen Schulabschluss nachzuholen, was in Pilotprojekten wie dem FSJplus oder dem Programm fifty-fifty bereits ausprobiert wird. Eine Umsetzung ist noch nicht veranlasst und sollte, wie in den Handlungsempfehlungen beschrieben, umfangreicher ausfallen als eine reine Teilzeitoption, um auf viele Lebenslagen zu reagieren und sinnstiftende Einsatzszenarien abzubilden, die durchaus über das eigentliche Gesellschaftsjahr hinausgehen können.

ERWARTETE WIRKUNG: GRÖßERE HETEROGENE ZIELGRUPPE

Eine zeitliche Flexibilisierung spricht bisher unterrepräsentierte Zielgruppen an, nämlich Jugendliche, die einen Gesellschaftsdienst nur berufs- oder studienbegleitend absolvieren wollen oder können. Dies trifft in hohem Maße auf junge Erwachsene zu, die zum Zeitpunkt des Schulabgangs noch nicht volljährig sind und sich in einer späteren Lebensphase nicht mehr Vollzeit engagieren können.

Zweiter Aspekt der Flexibilisierung ist der Mehrwert für die Organisationen: Qualifizierte Menschen stehen länger zur Verfügung und können sinnstiftend in Bereichen eingesetzt werden, die nur punktuell Unterstützung benötigen, z. B. im Zivil- und Katastrophenschutz, aber auch in Kurzeinsätzen wie Vorbereitungen für große Sportveranstaltungen.

Drittens ließe sich auf diese Weise ein Projektcharakter in die Dienstmodelle integrieren, der es Jugendlichen ermöglicht, eigene Ideen einzubringen. Dies würde eine zusätzliche Lern- und Erfahrungsdimension in das Gesellschaftsjahr bringen und könnte die Selbstwirksamkeit der Jugendlichen nachhaltig stärken – eine Erfahrung, die Jugendliche derzeit zu wenig machen (Vodafone Stiftung 2022).

Da in Teilzeitmodellen Ausbildung und Engagement vereinbar sind, würde ein Gesellschaftsdienst den Fachkräftemangel nicht zusätzlich verschärfen, wie Kritiker teilweise befürchten. Wie zudem eine Qualifizierung junger Menschen während des Dienstes für die weitere berufliche Laufbahn besser genutzt werden könnte, beschreibt das nächste Handlungsfeld.



ANERKENNUNG – GERECHTE VERGÜTUNG UND ZERTIFIZIERUNG

Manche Gesellschaftsgruppen können aus finanziellen Gründen nicht an einem Gesellschaftsjahr teilhaben. Besondere Lebensumstände von Jugendlichen, wie beispielsweise ein eigener Wohnsitz oder eigene Kinder, werden im Taschengeld-Modell nicht berücksichtigt.

Zudem ist vielen, die bisher keine persönliche Lernerfahrung in einem ehrenamtlichen Bereich gemacht haben, unklar, inwiefern sich die Investition eines Lebensjahres für die weitere berufliche Laufbahn lohnt. Vielmehr haben Jugendliche teilweise das Gefühl, ihnen würden durch ein Gesellschaftsjahr Nachteile im Vergleich zu Gleichaltrigen entstehen, die unmittelbar mit ihrer Berufs- oder Studiausbildung beginnen.



EMPFEHLUNG: EINFÜHRUNG EINES NEUEN VERGÜTUNGSSYSTEMS

Derzeit muss man sich einen zivilen Freiwilligendienst leisten können. Die Vergütung ist deutlich schlechter als im Freiwilligen Wehrdienst und sieht weniger finanzielle und materielle Kompensationen vor als ehemals im Zivildienst.

Ziel sollte es sein, sich dem Vergütungssystem im Zivildienst wieder anzunähern. Neben einer etwas höheren Grundvergütung gab es im Zivildienst vor allem zusätzliche Bausteine, die die Lebenssituation berücksichtigten. So ermöglichte der Zivildienstausweis kostenlose Fahrten zwischen Dienst- und Wohnort, sodass kostenintensive Pendelwege nicht zu Lasten der Dienstleistenden gingen. Auch war ein Wohngeld vorgesehen, wenn die jungen Menschen schon einen eigenen Wohnsitz hatten oder für den Dienst umziehen mussten bzw. wollten. Die Wiedereinführung vergleichbarer Bausteine für die Freiwilligendienste würde den Grundstein legen, dass Interessierte in allen Lebenslagen teilhaben können.

Das Modell würde gleichzeitig gewährleisten, dass es sich weiterhin um eine Aufwandsentschädigung und nicht um eine gehaltsähnliche Vergütung handelt. Insbesondere lebenslagenbezogene Bausteine (Fahrkosten; Wohngeld) würden den individuellen Lebensentwürfen gerechter als pauschal ausbezahlte Beträge.

Modellrechnungen, die die ehemaligen Rahmenbedingungen des Zivildienstes inflationsbereinigt auf 2022 übertragen, gehen von direkten Kosten von etwas mehr als 18.000 Euro pro Jahr und Teilnehmenden aus (Noack 2018: 169); allerdings ist dem Rechenmodell von 2018 eine deutlich niedrigere Inflationsrate zu Grunde gelegt als wir sie real erleben. Darin sind Taschengeld, Versicherungen, Fahrt- und Wohngeld enthalten, nicht jedoch Verwaltungskosten, die in der Einsatzstelle oder einer übergeordneten Behörde (z. B. zentrale Informations- oder Musterungsstelle) entstehen. Die Einsatzstellen beteiligten sich beim Zivildienst mit 30 Prozent an den Kosten von Sold und Entlassungsgeld.



EMPFEHLUNG: ZERTIFIZIERTE QUALIFIZIERUNG UND ANRECHNUNG

Schon jetzt werden in manchen Studienbereichen Leistungen aus einem Gesellschaftsjahr anerkannt. Einige Studiengänge sehen inzwischen den Nachweis sogenannter Social Credits vor; einige Fachrichtungen (z. B. Medizin) erfordern Pflichtpraktika, die je nach Einsatzstelle über einen Freiwilligendienst nachgewiesen werden können. Ein Gesellschaftsjahr könnte ein Auswahlkriterium für Stipendien oder Eliteprogramme oder auch Zugangsvoraussetzung für bestimmte Positionen im öffentlichen Dienst werden. In Ausbildungsberufen werden Freiwilligendienste zu selten angerechnet, zudem nur in einigen wenigen, ohnehin sozialen Berufen (z. B. Erzieher oder Pflegerin).

Einige Einsatzstellen zertifizieren die erworbenen Kompetenzen; hierfür gibt es jedoch keine Standards. Jugendliche schätzen die Lernerfahrung in Freiwilligendiensten deutlich geringer ein als etwa in einer Ausbildung oder einem Studium; auch, weil das Umfeld diese Einschätzung entsprechend spiegelt. Denn Arbeitgeber geben in einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 2022 zur Bedeutung einzelner Faktoren bei der Einstellung von Auszubildenden an, dass sie Engagement deutlich geringer als beispielsweise den Schulabschluss oder eine ordentliche Bewerbungsmappe gewichten (IAB 2022). Dies ist aufgrund des zeitlichen Umfangs und des prägenden Charakters einer Schulerfahrung nachvollziehbar, allerdings spricht es nicht dagegen, den nachgewiesenen hohen Kompetenzerwerb in Freiwilligendiensten (BMFSFJ 2015) stärker anzuerkennen. Eine gute und einheitliche Zertifizierung stärkt nicht nur den Charakter eines Gesellschaftsdienstes als Lernort; eine Gesellschaft, der Fachkräfte fehlen, könnte die im Dienst erworbenen Kompetenzen auch deutlich besser und systematischer nutzen. Unter bestimmten Voraussetzungen können sich daran etwa Lehrzeitverkürzungen knüpfen oder berufsvorbereitende Kurse ersetzt bzw. ergänzt werden.

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN: STANDARDS FÜR DIE ZERTIFIZIERUNG

Auf europäischer Ebene sind schon früh Vorschläge für länderübergreifende Kompetenzrahmen (Europäische Kommission 2007) und einheitliche Qualifikationsnachweise (Europass o.J.) auf den Weg gebracht worden; ihre Anwendung hat sich aber bisher nicht durchgesetzt. Ihre Implementierung würde einerseits erstmalig eine Grundlage für eine einheitliche Kompetenzbewertung schaffen, andererseits könnte dieser Schritt ein solches Jahr in der Beurteilung durch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber deutlich aufwerten. Außerdem hätte eine Zertifizierung positive Wirkung auf den gesellschaftlichen Rang der Dienststellen: Sie würden als relevante Lernorte zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts langfristig besser anerkannt.

ERWARTETE WIRKUNG: STÄRKUNG DER DIENSTE ALS LERNORTE FÜR ALLE ZIELGRUPPEN

Die Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen sowie Bausteine für besondere Lebenslagen sind Voraussetzungen für den Zugang von Jugendlichen mit weniger finanziellen Ressourcen und für eine höhere Nachfrage im ländlichen Raum (Fahrkosten!). Beide Zielgruppen sind derzeit unter Dienstleistenden unterrepräsentiert. Dies würde den inklusiven Charakter des Dienstes stärken.

Die Dienste als Lernorte zu stärken ist als ein langfristiger Prozess zu betrachten und kann ähnlich wie die in den letzten Jahren erfolgreich implementierte Verbesserung der beruflichen Orientierung funktionieren. Letztere hat systematisch und durch langfristige, übergreifende Maßnahmen (z. B. stärkere Berücksichtigung der Ziele der beruflichen Bildung innerhalb der schulischen und universitären Curricula) zu einer dauerhaften Schwerpunktverschiebung innerhalb der Bildungslandschaften und des Arbeitsmarktes beigetragen. Solch eine systematische Erweiterung und Verankerung der Gesellschaftsdienste innerhalb unserer Ausbildungssysteme würde die Wertigkeit in Bezug auf die Anrechnung für die Berufs- und Ausbildungsschritte unterstreichen.

AUSBLICK: EINE NEUE DIENSTKULTUR FÜR EUROPA

Ein Gesellschaftsdienst sollte so ausgestaltet sein, dass er aus intrinsischer Haltung und im Selbstverständnis des Bürger-Seins geleistet wird. Zugleich ist wichtig, dass die Gesellschaft würdigt, wenn junge Mitbürgerinnen und Mitbürger ein Jahr ihres Lebens – gestaffelt oder auch gebündelt – für das Gemeinwesen geben. Ein Gesellschaftsjahr darf nicht als individuelles Liebhaberprojekt wahrgenommen werden, sondern als ein strukturierter und zielgerichteter Dienst für das Gemeinwesen – in Einsatzstellen, wo ein wirklicher Hilfs- und Handlungsbedarf besteht. Derzeit empfinden einige junge Menschen einen Rechtfertigungsdruck, wenn sie sich für ein solches Jahr entscheiden. Das muss sich ändern. Unsere Gesellschaft braucht ein Verständnis für den Wert von Pflichten, deren abverlangter und besonders deren freiwilliger Übernahme.

Einsatzstellen für Gesellschaftsdienste sind Lernorte für gutes Miteinander, für das Mitgestalten, für das Hineinwachsen in gesellschaftliche Verantwortung. Denn nur wer mitmacht, gestaltet und verantwortet mit. Die Kompetenzen, die „community skills“, die Jugendliche dort erwerben, haben nicht als hard skills, aber als soft skills in der Arbeitswelt ihren gesellschaftlichen Mehrwert. Über die Arbeitswelt hinaus haben sie ihren Wert für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, den wir brauchen und von dem wir langfristig alle profitieren.

Daher tun wir als Gesellschaft gut daran, diesen Wert zu schätzen und die Wertschätzung auch sichtbar und für die Dienstleistenden spürbar zu machen. Wie bei der Gestaltung eines attraktiven und allgemein zugänglichen Gesellschaftsdienstes sind auch bei seiner Anerkennung und Gratifikation Fantasie und Kreativität gefragt – sowie politisches Engagement und finanzieller, organisatorischer staatlicher Einsatz. Europa braucht eine Dienstkultur, die die Gegensätze und Spannungen innerhalb der Staaten wie auch zwischen ihnen zu überwinden hilft und die Menschen einander begegnen, einander besser verstehen und näherkommen lässt. Es geht um ein großes gesellschaftliches Projekt. Es drängt. Wann, wenn nicht jetzt!

LITERATURVERZEICHNIS

Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun/Kantar Public (2019): Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie. Weinheim: Beltz.

Assmann, Aleida (2018): Menschenrechte und Menschenpflichten. Schlüsselbegriffe für eine humane Gesellschaft. Wien: Picus Verlag.

Arriagada, Céline/Karnick, Nora (2019): Motive für freiwilliges Engagement, Beendigungsgründe, Hinderungsgründe und Engagementbereitschaft. In: Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. S. 112-133. Deutsches Zentrum für Altersfragen. https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland_-_der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf (Zugriff: 12.10.2022).

Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2022): Bildung in Deutschland 2022. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zum Bildungspersonal. DIPF Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation. <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2022/pdf-dateien-2022/bildungsbericht-2022.pdf> (Zugriff: 26.09.2022).

Bach, Maximilian (2017): Wie beeinflussen Wehrdienstregelungen die Arbeitsmarkt- und Bildungsentscheidungen der Betroffenen? Ökonomische Evidenz zu einem nach wie vor wichtigen Thema. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.572614.de/diw_roundup_118_de.pdf (Zugriff: 13.10.2022).

Bellais, Renaud (2020): Dienstpflicht statt Wehrdienst. Der service national universel in Frankreich. Friedrich-Ebert-Stiftung Paris. <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/16366.pdf> (Zugriff: 13.10.2022).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2022): Erschöpfte Gesellschaft. Auswirkungen von 24 Monaten Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Umfrage Februar 2022. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektnachrichten/erschoeppfte-gesellschaft-auswirkungen-von-24-monaten-pandemie-auf-den-gesellschaftlichen-zusammenhalt#link-tab-212045-11> (Zugriff: 12.10.2022).

Brandmann, Franziska/Stark-Watzinger, Bettina (2022): Nein, ein Pflichtdienst tut nicht gut. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/nein-ein-pflichtdienst-tut-nicht-gut-gastbeitrag-von-franziska-brandmann-und-bettina-stark-watzinger-a-a1241cc2-a2bd-45fc-971f-350b14f063ec> (Zugriff: 12.10.2022).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)/Kultusministerkonferenz (KMK) (2020): Nationaler Bericht zur Zwischenevaluierung des EU-Programms für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport Erasmus+ (2014-2020). <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/117650/dcc250d4442c69787d00617735cc70a9/nationaler-bericht-halbzeitevaluation-erasmus-data.pdf> (Zugriff: 13.10.2022).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2011): Abschlussbericht des Forschungsprojektes „Zivildienst als Sozialisationsinstanz für junge Männer“. www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/zivildienst-als-sozialisationsinstanz-fuer-junge-maenner-95980 (Zugriff: 13.10.2022).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2015): Abschlussbericht der gemeinsamen Evaluation des Gesetzes über den Bundesfreiwilligendienst (BFDG) und des Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten (JFDG). <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93202/de7b1c8ea1a882cf01107cb56bab4aa9/abschlussbericht-gesetz-ueber-den-bundesfreiwilligendienst-und-jugendfreiwilligendienst-data.pdf> (Zugriff 12.10.2022).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2018): Neues Konzept für „Jugendfreiwilligenjahr“. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/neues-konzept-fuer-jugendfreiwilligenjahr--131014> (Zugriff: 13.10.2022).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2019): Dritter Engagementbericht. Zukunft Zivilgesellschaft. Junges Engagement im digitalen Zeitalter. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/dritter-engagementbericht-156434> (Zugriff: 12.10.2022).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2022): Bundestag berät Haushaltsentwurf 2023. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundestag-beraet-haushaltsentwurf-2023-199462> (Zugriff: 12.10.2022).

Bundeswehr (o. J.): Freiwilliger Wehrdienst (M/W/D). Chance statt Pflicht. <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/dienstgrade-laufbahnen-bundeswehr/freiwilliger-wehrdienst> (Zugriff: 12.10.2022).

CDU (2022): Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission. 35. Parteitag der CDU Deutschlands. https://www.cdu-parteitag.de/sites/www.pt22a.cdu.de/files/downloads/antragsbroschuere_delegierte_35_parteitag_260822.pdf (Zugriff: 13.10.2022).

Deutscher Bundestag (2007): Fragen zur Einführung eines allgemeinen gesellschaftlichen und sozialen Pflichtdienstes. Rechtliche Grenzen und internationale Beispiele. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. www.bundestag.de/resource/blob/407368/43df3ffead238bcb3419889beece932d/WD-3-371-07-pdf-data.pdf (Zugriff: 13.10.2022).

Deutscher Bundestag (2018): Zur Wiedereinführung der Wehrpflicht in Schweden. Sachstand. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. <https://www.bundestag.de/resource/blob/564266/fad30779df491947ff3f18c44d316f59/wd-2-076-18-pdf-data.pdf> (Zugriff: 13.10.2022).

Deutscher Bundestag (2022): Öffentliches Fachgespräch „Junges Engagement und Freiwilligendienste“ des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement am 21. September 2022. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw38-pa-buerg-engagement-freiwilligendienst-908696> (Zugriff: 12.10.2022).

(Gemeinnützige) Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH (DKJS) (Hrsg.) (2020): u_count gemeinsam Gesellschaft gestalten. Was junge Menschen brauchen, um sich zu engagieren. Ergebnisbericht der Jugendhearings „freiwilliges Engagement und Freiwilligendienste“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. https://www.dkjs.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/programme/200609_u_count_Abschlussbericht_web.pdf (Zugriff: 12.10.2022).

Deutsches Studentenwerk (o. J.): Internationalisierung in Zahlen. <https://www.studentenwerke.de/de/content/internationalisierung-zahlen> (Zugriff: 12.10.2022).

Eichhorn, Jaana (2018): Wider den Pflichtdienst. Für ein Mehr an Freiwilligendiensten. In: *Voluntaris* (6/2), Köln, S. 233–235.

Europäisches Jahr der Jugend (EJJ) (2022): Europäisches Jahr der Jugend. <https://ejj2022.de/> (Zugriff: 13.10.2022).

Europäische Kommission (2007): Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen Ein Europäischer Referenzrahmen <http://www.kompetenzrahmen.de/files/europaeischekommission2007de.pdf> (Zugriff: 10.10.2022).

Europass (o. J.): Beschreibung der 8 EQR-Niveaus. <https://europa.eu/europass/de/description-eight-eqf-levels> (Zugriff: 10.10.2022).

European Commission (2020): European Solidarity Corps. Report 2018/2019. https://youth.europa.eu/sites/default/files/esc_ar_2018-2019_-_op_version.pdf (Zugriff: 26.09.2022).

European Commission (2022): Commission Staff Working Document. Accompanying the document “Proposal for a Council Recommendation on the mobility of young volunteers across the European Union”. https://europa.eu/youth/sites/default/files/swd_2022_4_1_en_autre_document_travail_service_part1_v4.pdf (Zugriff: 12.10.2022).

- Forschung und Praxis im Dialog – Internationale Jugendarbeit (FPD) (Hrsg.) (2019): Die Zugangsstudie. Ergebnisse des Forschungsprojekts. https://www.zugangsstudie.de/wp-content/uploads/2020/01/Broschüre_Die-Zugangsstudie_Ergebnisse-des-Forschungsprojektes_Stand-August-2019.pdf (Zugriff: 12.10.2022).
- Grabbe, Hanna (2022): Gute Frage – ein gesellschaftliches Pflichtjahr für alle? In: Die ZEIT, 23.06.2022, S. 40.
- Haß, Rabea (2015): Der Freiwillige Wehrdienst in der Bundeswehr. Ein Beitrag zur kritischen Militärsoziologie. Wiesbaden: Springer.
- Huth, Susanne (2022): Freiwilligendienste in Deutschland. Stand und Perspektiven. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/Freiwilligendienste_in_Deutschland_2022_INBAS.pdf (Zugriff: 12.10.2022).
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2022): IAB-Befragung von Betrieben in der Covid-19-Krise, 23. Welle, Mai 2022.
- Initiative Service Citoyen (o. J.): Die Service Citoyen Initiative <https://www.servicecitoyen.ch/de/> (Zugriff: 15.09.2022).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) (2022): „Allgemeines Gesellschaftsjahr – Verpflichtender Dienst zum Wohle der Gesellschaft?“ Fachgespräch am 15.06.2022 in Berlin.
- Kramer, Robert (2014): Sozialwissenschaftliche Begleitstudie zur Evaluation des Freiwilligen Wehrdienstes. Forschungsbericht 108. Potsdam: ZMSBw.
- Malteser Hilfsdienst e.V. (2022): Gesellschaftsdienst im Bevölkerungsschutz. Ein neues Format zur Stärkung von Bevölkerungsschutz und bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland. In: Deutscher Bundestag, Ausschuss für Inneres und Heimat (Hrsg.): Stellungnahme. Öffentlichen Anhörung am Montag, den 4. Juli 2022 zum Thema „Ein Jahr nach der Flutkatastrophe – Ausblick auf die Zukunft des Bevölkerungsschutzes“. Ausschussdrucksache 20(4)80 D. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Ministère de l'Éducation nationale et de la Jeunesse (o. J.): Le Service National Universel (SNU), Jeneusse Engagée. <https://www.education.gouv.fr/le-service-national-universel-snu-jeunesse-engagee-538> (Zugriff: 13.10.2022).
- Nationale Bildungsplattform (o. J.): Nationale Bildungsplattform. <https://bildungsraum.de/display/DBR/Nationale+Bildungsplattform> (Zugriff: 13.10.2022).
- Nier, Hedda (2019): Der Zivildienst und seine Nachfolger. <https://de.statista.com/infografik/16599/der-zivildienst-und-seine-nachfolger/> (Zugriff: 12.10.2022).
- Noack, Philipp (2018): Das verpflichtende gesellschaftliche Jahr. Eine Analyse von Kosten und Nutzen. In: *Voluntaris*, (6/2), Köln, S. 156-185.
- Österberg, Johan/Nielsson, Joel/Hellum, Nina (2020): The motivation to serve in the military among Swedish and Norwegian soldiers. A comparative study. In: *Journal of Defense Resources Management* (11/1), Brasov. S. 30-42.
- Pohl, Ulrich (2017): Ein JA muss sein. Plädoyer für ein soziales Jahr im Deutschland und Europa. Bielefeld: Luther Verlag.
- Precht, David Richard (2021): Von der Pflicht. Eine Betrachtung. München: Goldmann.
- Roose, Jochen (2010): Bürgerschaftliches Engagement in Europa. Ein Vergleich. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* (2010/4), Berlin, S. 19-30.
- Rudnicka, Joanna (2022): Anzahl der Soldaten und Soldatinnen bei der Bundeswehr von 2000 bis 2022. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/38401/umfrage/personalbestand-der-bundeswehr-seit-2000/> (Zugriff: 12.10.2022).
- Schlink, Bernhard (2020): Ein Jahr für Europa. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.12.2020.

Schwärzel, Mirko (2018): Freiwilligendienste im Europäischen Vergleich. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/06_Service/02_Publikationen/2018/2018-bbe-reihe-arbeitspapiere-006.pdf (Zugriff: 12.10.2022).

Schweizer Armee (2021): Das Milizsystem erhalten. Bern: Zentrum digitale Medien der Armee DMA.

Service-Public.fr (o. J.): Journée défense et citoyenneté (JDC). <https://www.service-public.fr/particuliers/vosdroits/F871> (Zugriff: 13.10.2022).

Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (2019): Unterschiede und Ungleichheiten im freiwilligen Engagement. In: Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. S. 62-85. Deutsches Zentrum für Altersfragen. https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland_-_der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf (Zugriff: 12.10.2022).

SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1> (Zugriff: 13.10.2022).

Tresch, Tibor S./Wenger, Andreas/De Rosa, Stefano/Ferst, Thomas/Robert, Jacques/Rohr, Patric (2022): *Sicherheit 2022*. Aussen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich: ETH Zürich.

TryghedsGruppen (o. J.): TrygFonden Hjerteløber. <https://www.tryghed.dk/saadan-stoetter-vi/projekter-og-donationer/hjerteloeber> (Zugriff: 13.10.2022).

TUI Stiftung (Hrsg.) (2022): *Junges Europa 2022*. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren. https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/07/2022_07_06_JungesEuropa2022_Report.pdf (Zugriff: 12.10.2022).

Vodafone Stiftung (Hrsg.) (2022): *Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen*. www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/04/Jugendstudie-2022_Vodafone-Stiftung.pdf (Zugriff: 12.10.2022).

HINTERGRUNDGESPRÄCHE

Da in der Regel pro Einrichtung Gespräche mit mehreren Personen stattfanden und zusätzlich zu den persönlichen Gesprächen schriftliche Nachfragen abteilungsübergreifend beantwortet wurden, sind hier die Institutionen bzw. Organisationen alphabetisch gelistet, nicht jedoch einzelne Gesprächspartnerinnen und -partner aufgeführt.

Allianz Kulturstiftung: Projekt EVS4all

Arbeitsmarktservice Österreich: Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation

AWO Sachsen

Bertelsmann Stiftung: Bereich Demokratie und Zusammenhalt

v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA): Abteilung Bundesfreiwilligendienst-Freiwilligendienste

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW): Referat Ehrenamt

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Abteilung Erasmus+

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Abteilung Personal

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE): Arbeitsgruppe Freiwilligendienste

Diakonie Deutschland: Zentrum Engagement, Demokratie und Zivilgesellschaft

Equipo Europa

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Jugend für Europa: Europäisches Solidaritätskorps

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich

Ost-West-Forum Gut Gödelitz e.V.

Swedish Defence University

U.S. Embassy Berlin: Exchange & Diversity Programs

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr:

Forschungsbereich Militärsoziologie

Wir danken allen Gesprächspartnerinnen und -partnern für die Mitwirkung und das Interesse.

AUTOREN

Dr. Rabea Haß promovierte am Institut für Soziologie der Goethe-Universität in Frankfurt am Main zum Freiwilligen Wehrdienst. Zudem forschte sie von 2011 bis 2014 an der Hertie School of Governance zu nationalen und internationalen Freiwilligendiensten.

Dr. Grzegorz Nocko leitet das Hauptstadtbüro und das internationale Fellows Programm der Hertie-Stiftung. Er promovierte am Institut für Erziehungswissenschaft an der TU Berlin zur europabezogenen politischen Bildung und arbeitete selbst als Trainer in diesem Bereich.

INITIATOREN

Prof. Nico Hofmann ist Regisseur, Produzent und Geschäftsführer der UFA GmbH. Er setzt sich regelmäßig in medialen Kampagnen und Fernsehformaten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein.

Prof. Dr. Bernhard Schlink ist Jurist und Schriftsteller. Er trägt seit Jahren maßgeblich zur Debatte um ein Gesellschaftsjahr in Deutschland und Europa bei.

Dr. h.c. Frank-J. Weise ist Vorstandsvorsitzender der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Er war Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, leitete u.a. die Strukturkommission der Bundeswehr mit der Empfehlung zur Aussetzung der Wehrpflicht und diente selbst dreizehn Jahre lang aktiv und jahrelang als Reserveoffizier in der Bundeswehr.

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Die Arbeit der Hertie-Stiftung konzentriert sich auf zwei Leitthemen: Gehirn erforschen und Demokratie stärken. Die Projekte der Stiftung setzen modellhafte Impulse innerhalb dieser Themen. Im Fokus stehen dabei immer der Mensch und die konkrete Verbesserung seiner Lebensbedingungen. Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung wurde 1974 von den Erben des Kaufhausinhabers Georg Karg ins Leben gerufen und ist heute eine der größten weltanschaulich unabhängigen und unternehmerisch ungebundenen Stiftungen in Deutschland. Der Name „Hertie“ geht zurück auf Hermann Tietz, Mitbegründer des gleichnamigen Warenhauskonzerns zum Ende des 19. Jahrhunderts.

IMPRESSUM

Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Grüneburgweg 105, 60323 Frankfurt am Main
Französische Straße 48, 10117 Berlin

AUTOREN

Rabea Haß / Grzegorz Nocko

INITIATOREN

Nico Hofmann, Bernhard Schlink, Frank-J. Weise

>>> [TWITTER.COM/DEMOKRATIEGHST](https://twitter.com/DEMOKRATIEGHST)



>>> [INSTAGRAM.COM/DOING.POLITICS](https://www.instagram.com/doing.politics)



>>> [WWW.GHST.DE/NEWSLETTER](https://www.ghst.de/newsletter)



>>> [WWW.GHST.DE](https://www.ghst.de)

